: antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 7.2.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Kongress in Köthen

KÖTHEN. Die Anhänger des Sozialdarwinisten und Begründers der „Freiwirtschafts"-Theorie, Silvio Gesell, wollen vom 8. bis 14. März ihren dritten Kongress unter dem Titel „Macht Geld Sinn Energie" in Köthen durchführen. Als Referenten eingeladen wurden, so die Veranstalter, diesmal „über 30 hochkarätige Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft", darunter führende Vertreter der „Freiwirtschafts"-Bewegung, Politiker von FDP, Grünen, Die Linke, sowie Vertreter von Attac, der GLS-Bank, Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland, der Giordano-Bruno-Stiftung u.a.m. Im vergangenen Jahr hatten – nach Angaben der Veranstalter – ca. 600 Menschen an dem Kongress teilgenommen. *hma* ■

„Fest der Nationalen" in Sangerhausen

SANGERHAUSEN. Die „Nationale Opposition" will am 10. August in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) unter dem Titel „In.Bewegung 2013" ein „politisches Fest der Nationalen" durchführen. Auf dem Fest, das als „Höhepunkt des Jahres 2013 für jeden nationalen Aktivisten" angekündigt wird, sollen u.a. Udo Voigt (NPD) sprechen und der „nationale Liedermacher" Frank Rennicke auftreten. Die Veranstalter kündigen zudem Informationsstände und ein Kinderprogramm an. Für auswärtige Reisegruppen wurde eine Buskoordinationsstelle eingerichtet. *hma* ■

Wilders nicht auf Deutsch

RADOLFZELL. Die deutsche Übersetzung des Buches „Marked For Death" von Geert Wilders wird nicht im Radolfzeller HJB-Verlag erscheinen. Dies gab der Verleger Hansjoachim Bernt vier Tage vor dem angekündigten Auftritt des niederländischen Rechtsauslegers am 2. Februar im „Raum Köln" bekannt. In der Pressemitteilung der „HJB Verlag & Shop Kommanditgesellschaft" wird „bedauert", dass die angekündigte deutsche Buchausgabe „Zum Abschuss freigegeben" des niederländischen Politikers nicht im HJB-Verlag erscheinen wird. Verlag und Autor hätten sich nicht auf eine „nach deutschem Recht vertretbare deutsche Ausgabe" einigen können, heißt es darin. Der Geschäftsführer der HJB KG „distanziert sich ausdrücklich" von

Demonstration im Vorfeld des NSU-Prozesses

„Greift ein gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen!"



Voraussichtlich im April 2013 wird in München der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe sowie vier der Unterstützer beginnen: Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultz und André Eminger. Ein breites antifaschistisches Bündnis ruft zu einer bundesweiten Großdemonstration in München am Samstag vor Prozessbeginn auf. Der genaue Termin wird hier und demnächst auf **http://nsuprozess.blogsport.de** veröffentlicht!

Wir dokumentieren hier aus dem Bündnis-Aufruf:

Im November 2011 wurde bekannt, dass die rassistischen und mörderischen Taten der Nazis des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sieben Jahre lang unter den Augen der Sicherheitsbehörden begangen wurden. Sie haben zehn Menschen ermordet und zwei Sprengstoffanschläge verübt. In den Medien wurde der Begriff „Döner-Morde" geprägt und die Sonderkommission gab sich den Namen „Bosporus". Damit schloss die Polizei von Anfang an rassistische Hintergründe der Morde aus, behandelte die Opfer wie Täter und ermittelte in Richtung organisierter „Ausländer-Kriminalität".

Durch die rassistischen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden wurden Familien, Verwandte und persönliches Umfeld der Opfer über Jahre überwacht und akribisch durchleuchtet. Durch den völlig unbegründeten Verdacht gegen das familiäre Umfeld der Opfer wurden soziale Zusammenhänge zerrissen und die persönliche Existenz zahlreicher Menschen zerstört. Der Rassismus von Behörden und Öffentlichkeit verhinderte so zweifach die Aufklärung der Morde: Während die Hinweise auf rassistische Hintergründe ausgeklammert und vernachlässigt wurden, erschien die These, migrantische Gewerbetreibende seien in mafiöse Strukturen verwickelt, der Polizei und einer breiten Öffentlichkeit unmittelbar einleuchtend und erübrigte weiteres Nachfragen.

Fünf der insgesamt zehn NSU-Morde fanden in Bayern statt, zwei davon in München. Zwischen dem „Thüringer Heimatschutz", in dem die Haupttäter des NSU vor ihrem Abtauchen organisiert waren, und der bayerischen Naziszene bestanden in den 90er Jahren enge Verbindungen. Böhnhardt und Mundlos nahmen an verschiedenen Treffen und Veranstaltungen der Szene in Bayern teil. Einige der engsten Unterstützer_innen des NSU lebten oder leben immer noch in Bayern, u.a. Mandy Struck, deren Identität Beate Zschäpe im Untergrund angenommen hatte. Mit Tino Brandt und Kai Dalek stehen zwei V-Leute des Verfassungsschutzes auch für die Verbindung zwischen der thüringischen und der bayerischen Naziszene.

„Deutschland hat ein riesiges Rassismus-Problem", sagte Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Anfang November.

Der strukturelle Zusammenhang von Naziterror mit staatlichem und alltäglichem Rassismus in Gesellschaft, Politik und Medien zeigte sich bei der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl nach den Pogromen Anfang der 90er Jahre wie auch jetzt bei aktuellen Anti-Islam-Kampagnen: Der Rassismus ist tief verankert in der Mitte der Gesellschaft. Dass sich auch nach dieser Mordserie nichts

→

Aus dem Inhalt:

Grundsätzliches im Bewusstsein der Menschen verändert hat, verdeutlichen folgende Beispiele: Zwanzig Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen kämpfen Flüchtlinge immer noch für elementare Menschenrechte in Deutschland, werden Roma stigmatisiert und in eine unsichere Zukunft abgeschoben. Hier lebende Migrant_innen werden täglich diffamiert, bedroht, angegriffen und kriminalisiert.

Die Verharmlosung und Vertuschung von Rassismus und Naziterror hat Tradition in diesem Land. Rechte und rassistische Gewalttaten und Morde haben in Deutschland eine traurige Kontinuität. Die blutige Spur reicht vom bis heute unaufgeklärten Oktoberfestattentat, über die rassistischen Anschläge und Pogrome in Rostock, Mölln, Solingen und Hoyerswerda, über die seit 1989 rund 200 Morde an Migrant_innen, Obdachlosen, Punks und Antifaschist_innen bis hin zu den Morden des NSU.

München war dabei schon viele Male Schauplatz neonazistischen Terrors: Bei dem bisher größten faschistischen Anschlag in der BRD wurden 1980 durch einen Täter aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hoffmann auf dem Münchner Oktoberfest 13 Menschen getötet und weitere 200 zum Teil schwer verletzt. 1981 lieferten sich Neonazis auf dem Weg zu einem Bankraub mit Polizeibeamten in München eine Schießerei, bei der zwei Neonazis starben. 1985 setzten Neonazis der Gruppe Ludwig ein Lokal in der Schillerstraße in Brand, wodurch eine Person getötet wurde. 2003 beschafften Neonazis aus der Kameradschaft Süd sich Waffen und Sprengstoff und planten u.a. einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums.

Seit Bekanntwerden der Mordserie des NSU offenbart sich eine erschreckende Politik der Verschleierung: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequentes Vertuschen und Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte Rücktritte von Verantwortlichen. Eine transparente, schonungslose Aufklärung der Rolle von Geheimdiensten und Polizeibehörden findet bisher nicht statt. Statt ernsthafte politische Konsequenzen zu ziehen gegen Rassismus und die skandalöse Unterstützung des Aufbaus von Nazistrukturen durch Mitarbeiter_innen des (bayerischen) Verfassungsschutzes, reden die verantwortlichen Politiker_innen weiter von vereinzelten Pannen.

Rechte Gesinnung hat beim Verfassungsschutz (VS) Kontinuität: Gegründet im Jahre 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte er dafür, dass Widerständler_innen gegen den Nationalsozialismus erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den 60er Jahren bekämpfte er die Student_innenbewegung, in den 70er und 80er Jahren lieferte er das Material für die Berufsverbote linker Aktivist_innen. Vor neun Jahren scheiterten die Pläne für ein NPD Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten Führungsetagen von V-Leuten und Spitzeln des Verfassungsschutzes durchsetzt war. Auch das ummittelbare Umfeld des NSU ist durchsetzt mit V-Leuten aus Verfassungschutz und Polizei.

Deshalb kann die einzige Konsequenz aus der Verstrickung der Behörden nur sein: Verfassungsschutz abschaffen! Wir müssen verhindern, dass die Regierung die NSU-Morde instrumentalisiert, um ihren Sicherheitsapparat weiter aufzurüsten, und damit endgültig eine der wenigen Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus – die Trennung von Geheimdiensten und Polizei – rückgängig macht.

Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Opfern des NSU-Terrors und ihren Angehörigen. Sie wurden nicht nur Opfer des militanten Rassismus der NSU-Täter_innen, sondern auch in der Folge noch durch die rassistischen Ermittlungen der Polizei drangsaliert.

Bekämpfen wir gemeinsam Rassismus in Gesellschaft, Politik und Institutionen! Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen! Schonungslose Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und Polizeibehörden! Verfassungsschutz abschaffen! Neue Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats von 1980 in München! Abschaffung aller rassistischen Gesetze – kein Mensch ist illegal! Für eine rassismusfreie, solidarische Gesellschaft! ■

---

einer nun möglicherweise in einem anderen Verlag erscheinenden deutschen Version des Wilders-Buches. *hma* ■

Piusbrüder zeigen Film

Die „Priesterbruderschaft St. Pius X." hat in dreijähriger Arbeit einen Dokumentarfilm über das Leben des französischen Erzbischofs Marcel Lefebvre (1905-1991) gedreht. Lefebvre hatte die Bruderschaft 1970 im Schweizer Wallis aus Protest gegen die liberalen Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils gegründet. Noch 1991 wurde Lefebvre zu einer Geldstrafe wegen „rassistischer Äußerungen und Anstiftungen zum Rassismus" verurteilt. Der Film unter dem Titel: „Erzbischof Lefebvre: Ein Bischof im Sturm" soll ab 23.Februar in ausgewählten Kinos in Berlin, München, Bonn, Hofheim bei Frankfurt, Riedlingen, Offenburg und Stuttgart gezeigt werden. *hma* ■

Aufruf zu antifa-Blockaden nicht strafbar

Wie erst jetzt bekannt wurde, stellte die Hamburger Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des „Hamburger Bündnis gegen Rechts" (HBgR) wegen eines Aufrufes zu vielfältigen antifaschistischen Aktionen, darunter auch Blockaden, ein. Begründung: Weil die Tat unter keinen Straftatbestand fällt.

Mehrere zehntausend Menschen engagierten sich am 2. Juni 2012 gegen einen Aufmarsch von Neonazis in der Stadt. …An der Demonstration des HBgR beteiligten sich ca. 7000 Menschen, an den Massenblockaden im Stadtteil Wandsbek ca. 6000.

Nach den erfolgreichen Aktionen stellten drei Personen unabhängig voneinander Strafanzeige gegen den Verantwortlichen des HBgR wegen öffentlichen Aufrufes zu strafbaren Blockadehandlungen. Die Anzeigenden waren Kurt Schöfisch (Düsseldorf), Dieter Bliesener (Hamburg) und Jürgen Schwabe (Hamburg). Schöfisch kam von der DVU zur NPD, Bliesener engagiert sich für die Hamburger NPD und der emeritierte Prof. Schwabe, lehrte von 1979 bis 2002 Öffentliches Recht an der Universität Hamburg.

An einem Podiumsgespräch der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen Dresden/Ostsachsen zum Thema „Blockaden gegen Neonazis – geboten oder verboten? – Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat unter politischen, juristischen und historischen Aspekten", nahm der Jurist im Januar 2011 teil und sprach sich dort gegen Blockaden aus. Im Juni 2011 veröffentlichte Schwabe dann in der völkischen Zeitung „Junge Freiheit" einen Artikel mit dem Titel „Linke Gewalt im politischen Meinungskampf – Schottern und blockieren". Hier malte er ein Horrorszenario des zivilen Ungehorsams aus der „notfalls mit dem Baseballschläger vorgetragenen Gegenaktionen" propagiere und prophezeite, dass „es im schlimmsten Fall zum Bürgerkrieg, im minder schweren Fall zu Straßenschlachten" komme, erwähnte Claudia Roth in einem Atemzug mit einem „Training mit Molotowcocktails" und verurteilt selbst das zivilgesellschaftliche Engagement der CDU-Politiker Jürgen Rüttlers und Fritz Schramma gegen Neonazis.

Die Staatsanwalt Hamburg kam allerdings zu gänzlich anderen Schlüssen als Herr Professor Schwabe. Der Aufruf „beinhaltet bei einer Gesamtbetrachtung keine Aufforderung zur Begehung von Straftaten. Zwar wird dazu aufgefordert sich an Blockaden gegen den Aufmarsch am 2.6.2012 zu beteiligen." Doch würde der Aufruf zu Blockaden neben anderen „Protestformen, nämlich der Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen" stehen. Auch seien Blockaden denkbar, „die nicht unter den § 21 VersammlG fal-

Fortsetzung Seite 6 unten

Nicht lange fackeln – Nazis blockieren!

13. Februar – kein Tag für Nazis



Seit vielen Jahren versammeln sich am und um den 13. Februar in Dresden Nazis zu einem sogenannten „Trauermarsch". Am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg verdrehen sie die Geschichte und nutzen den Mythos von der „unschuldigen Stadt". Die Tradition des „stillen Gedenkens" bietet den Nazis nach wie vor Anschlusspunkte. Sie verhindert, an diesem Tag aus der gesamten Breite der Dresdner Gesellschaft auf Nazis mit aller Vehemenz zu reagieren. Bis zum Jahr 2009 entwickelte sich der alljährliche Aufmarsch so zum größten Nazi-Ereignis in ganz Europa.

Eine wirksame Strategie gegen den Naziaufmarsch konnte erst 2010 mit dem Mittel der Massenblockade umgesetzt werden. Getragen von dem bundesweit und spektrenübergreifend agierenden Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer" versperrten damals tausende Menschen die Route der Nazis. Dieser Erfolg wurde 2011 wiederholt, und 2012 sagten die Nazis ihren Großaufmarsch dann gleich ganz ab. Vielmehr setzten weit über zehntausend Aktivist_innen auf einer der größten antifaschistischen Demonstrationen seit 1989 ein deutliches Zeichen: Der Großaufmarsch der Nazis in seiner bisherigen Form scheint Geschichte zu sein!

Doch gilt es weiterhin, aufmerksam zu bleiben. Wir als Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer" werden wieder einschreiten, falls Nazis am 13. Februar 2013 erneut versuchen, die NS-Geschichte zu verklären. Unsere Strategie bleibt dabei das Erfolgskonzept der Blockade. Umfragen zeigen: Die große Mehrheit der Stadtbevölkerung befürwortet es, wenn wir Nazis in Dresden blockieren. Bisher wurden die Kampagnen umfassend europaweit unterstützt. 2013 liegt die Verantwortung mehr denn je in Dresden. Stellen wir uns gegen Rassismus und Geschichtsrevisionismus! Stoppen wir die Nazis gemeinsam!

Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer" war von Beginn an mehr als ein reines Aktionsbündnis. Zur Erfolgsgeschichte gehört auch der Mahngang „Täterspuren". Damit ist es uns gelungen, für die NS-Geschichte Dresdens zu sensibilisieren und einen Kontrapunkt zur offiziellen städtischen Erinnerungspolitik zu setzen. Um den Geschichtsdiskurs in Dresden auch in Zukunft mit einer kritischen Perspektive zu begleiten, werden wir dieses Projekt fortführen.

Dem großen Engagement tausender Antifaschist_innen steht bis heute staatliche Repression entgegen. Immer noch laufen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, noch immer werden neue Strafbefehle erstellt. Diese Kriminalisierung erwächst aus der Extremismusdoktrin, welche antifaschistisches Engagement mit Naziaktivitäten gleichsetzt. Diese Ideologie ist umso skandalöser vor dem Hintergrund des Versagens des sogenannten Verfassungsschutzes und weiterer staatlicher Institutionen. Für uns steht fest: Antifaschismus können wir nicht dem Staat überlassen! Wir stehen weiterhin zusammen gegen jeden Versuch autoritärer Einschüchterung.

Sagen, was man tut, und tun, was man sagt – dadurch war das Handeln des Bündnisses „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer" die letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Wir wollen auch im Februar 2013 jeden Aufmarschversuch der Nazis blockieren. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern. „Unsere Vielfalt ist unsere Stärke" – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Und es bleibt auch dabei: Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, Blockaden sind legitim.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

http://www.dresden-nazifrei.com ■

Dresden will demokratischen Protest verbieten

Inzwischen ist Dresden ja bundesweit bekannt wegen seines „besonderen" Verhältnisses zur Demokratie. Für Samstag, 2. Februar 2013, setzt die Stadt nun mal wieder das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft. Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer" wollte zu einem „öffentlichen Innenstadttraining" einladen. Die Stadt erteilte Auflagen, die die Versammlung in der gewollten Form unmöglich machen. Das Verwaltungsgericht Dresden bestätigte die Auflagen.

Wir fragen uns jedoch, wann auch die Stadt Dresden, ihre Versammlungsbehörde und ihre Gerichte endlich lernen, dass die Bürger und Bürgerinnen selbst das Recht haben, über Inhalt und Form ihrer Versammlungen zu entscheiden? Nur wenn konkrete Belege für eine tatsächliche und unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorliegen, können Auflagen erlassen werden, die ein sonst notwendiges Verbot vermeiden lassen.

Mit einem Blockadetraining werden am Samstag keine anderen Versammlungen behindert, geschweige denn verhindert. Es sind gar keine Versammlungen von NPD und Kameradschaften angemeldet. Von den angekündigten Übungen geht keinerlei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit aus. Noch am 18. September 2012 hat das OVG Münster geurteilt, dass das Verbot von Blockadetrainings ein rechtswidriger Eingriff in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist.

Auch Blockaden stehen unter dem Schutz des Versammlungsrechts. Darüber hinaus kann das Einüben von gewaltfreien und basisdemokratischen Kooperationen in Blockaden nicht schon als Blockade gewertet werden. Dabei handelt es sich um Versammlungen. Es ist völlig unverhältnismäßig zu unterstellen, dass diejenigen, die zu breiten Protesten gegen den Aufmarsch von NPD und Kameradschaften aufrufen, die öffentliche Sicherheit gefährden. Versuche, eine Demonstration zu behindern und Rassisten, Antisemiten und Nationalisten mit Protest zu konfrontieren, sind legitime Formen der politischen Auseinandersetzung.

Die Stadt Dresden argumentiert, NPD und Kameradschaften seien Minderheiten und deshalb müsse die Stadt deren Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützen. So richtig es ist, dass das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit

Minderheiten schützt, so absurd ist es, daraus die Konsequenz zu ziehen, der Staat müsse die Grundrechte der Rassisten schützen und dürfe hierfür die Grundrechte der anderen Bürger verletzen.

Wir sind solidarisch mit denen, die Samstag ihren Protest gegen die Gewalttaten der Nazis in die Stadt Dresden tragen und zu Blockaden aufrufen.

Elke Steven Komitee für Grundrechte und Demokratie
Quelle: www.grundrechtekomitee.de

Update: Heute hat das Verwaltungsgericht Dresden seine Entscheidung bzgl. der Auflagen der Versammlungsbehörde gefällt. Wie kaum anders zu erwarten, ist man sich mit dem Ordnungsamt darin einig, unliebsame Meinungsäußerungen über die Legitimität von Blockaden dann doch lieber zu verbieten. Wir haben uns nach Rücksprache mit unserem Rechtsbeistand dazu entschieden, das Eilrechtsschutzverfahren nicht bis zum OVG Bautzen zu treiben, sondern auf eine Entscheidung im Hauptverfahren zu warten. Wir wollen uns das natürlich trotzdem nicht gefallen lassen und haben uns dazu entschieden, statt des Trainings eine Kundgebung gegen die Sächsischen Verhältnisse abzuhalten. Kreativ werden wir unserer Kritik an Willkürentscheidungen von Behörden und Justiz in Dresden Ausdruck verleihen.

Quelle: Dresden stell sich quer ■

Osa: Mobikampagne nach Dresden abgeschlossen

Gegen den geplanten Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden führte die Antifa Lausitz gemeinsam mit verschiedenen Partnern mehrere Mobilisierungsveranstaltungen in Ostsachsen (Osa) durch.

Unterstützt wurden diese durch den Infoladen Zittau, dem Autonomal-Versand und die Jugendstrukturen der LINKEN im Landkreis Bautzen und Görlitz.

Am 19. Januar fand die erste Veranstaltung in Liberec (Tschechische Republik) statt. Wie bereits im letzten Jahr wurde über die geplanten Aktionen informiert. Auch wurde die Möglichkeit der koordinierten gemeinsamen Anreise besprochen und geplant.

An diesem Abend wurde auch Jan Kučera gedacht. Am 18. Januar 2008 wurde der 18jährige Antifaschist und SHARP-Skin in der mittelböhmischen Stadt Pribram von einem 20jährigen Neonazi niedergestochen. Kurz darauf verstarb Jan Kučera an seinen Verletzungen. In einer Kneipe war es damals zu Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Skinheads gekommen. Dabei hatten die Neonazis die Linken provoziert und es kam in dessen Folge zu einer Schlägerei. Der 20jährige Täter, Jiri Fous, wurde von einer Überwachungskamera gefilmt, als er zuerst mit einem Messer in der rechten Hand posierte und dann zweimal auf Jan einstach. Nach Medienberichten trug er eine Wehrmachtsuniform während des Angriffs.

Jiri Fous ist nach Angaben der Antifa Prag ein bekannter Neonazi-Schläger.

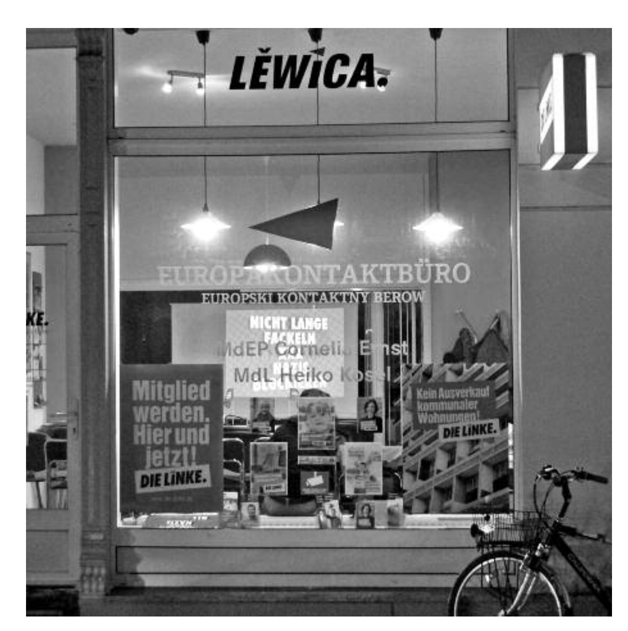
Im Bautzener Büro der Bundestagsabgeordneten Caren Lay (DIE LINKE) gab es am 22. Januar Informationen über das Bündnis „Dresden nazifrei“. Auch hier folgten interessierte Menschen aufmerksam dem Vortrag und diskutierten im Anschluss über eventuelle Anreisemöglichkeiten. „Ich freue mich darauf am 13. Februar 2013 viele Menschen in Dresden auf der Straße zu sehen, ich werde ebenfalls dort sein.“, so MdB Caren Lay.

Im Zittauer Infoladen fand am 24. Januar ebenfalls eine Mobi-Veranstaltung statt. Etliche Menschen besuchten diese und sprachen sich zu diversen Aktionen ab. Am 7.2. wird es nach der Mobi-Veranstaltung für den 5. März Chemnitz (http://infoladen-zittau.de/?p=1008) letzte Informationen zu Dresden geben, also vorbeikommen.

Ebenfalls wird es auch in Görlitz noch eine Info-Veranstaltung zu Dresden geben. Einfach die bekannten Infoquellen für den Termin checken.

Bei den Veranstaltungen gaben die Referenten einen Rückblick auf die erfolgreichen Blockaden im Jahr 2010 und 2011 sowie Informationen über das Geschehen im Jahr 2012. Wie mensch sich am Tag selber aktiv engagieren kann wurde diskutiert. Ebenfalls wurde auf die antifaschistische Kampagne „13|02 KEINE RUHE! Jeden Opfermythos dekonstruieren – Nazis stoppen!“ hingewiesen.

Das Ziel für 2013 ist deutlich benannt, blockieren! Darin waren sich alle Anwesende einig. Im Anschluss an die Vorträge wurde die Möglichkeit zu Fragen genutzt und weitere Absprachen getroffen. Für alle stand noch den Veranstaltungen fest:



Nicht lange fackeln – Nazis blockieren!

Während der gesamten Zeit kam es in Ostsachsen zu Plakatieraktionen, die auf das Anliegen des Bündnisses „Dresden nazifrei“ und „13|02 KEINE RUHE! Jeden Opfermythos dekonstruieren – Nazis stoppen!“ hinweisen.

Antifa Lausitz, Januar 2013
http://afagoerlitz.blogsport.de/
http://antifalausitz.sytes.net/
http://infoladen-zittau.de/
http://autonomal-versand.net/
http://www.antikapitalista.cz/ ■



Vergesst niemals die Leistung der Roten Armee und der sowjetischen Menschen bei der Zerschlagung der faschistischen Gefahr

Erklärung der FIR zum 70. Jahrestag des Sieges von Stalingrad

Am 27. Januar wird weltweit der Befreiung des faschistischen Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee 1945 gedacht. In diesem Jahr erinnert die *Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten* an ein weiteres Datum: Am 2. Februar 2013 jährt sich zum 70. Mal der welthistorische Sieg der Roten Armee bei Stalingrad. An diesem Tag kapitulierten die deutsche 6. Armee unter Generalfeldmarschall Paulus und ihre Verbündeten vor den Verbänden der 62. und 64. Roten Armee unter General Schukow. Dieser Sieg war ohne Zweifel die militärische Wende im Zweiten Weltkrieg.

Der vom deutschen Faschismus angezettelte imperialistische Krieg zielte von Anfang an auf Mord, Totschlag, Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung. Coventry, Rotterdam, Warschau und Belgrad sind die Symbole des Luftterrors, den die Wehrmacht über die Städte Europas trugen. Auschwitz, Buchenwald, Majdanek, Sobibor haben sich in die Erinnerung der Menschheit eingegraben als Orte, an denen die Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus stattfand. Babi Jar, Oradour, Lidice sind Stätten des faschistischen Mordens, die keiner Erklärung bedürfen.

Die Schlacht von Stalingrad stellte hingegen den historischen Wendepunkt im Kampf der Anti-Hitler-Koalition mit dem expansionistischen Anspruch des deutschen Faschismus dar. Militärisch wurde hier zum ersten Mal der faschistische Vormarsch gestoppt und der „unbesiegbaren“ Wehrmacht eine vernichtende Niederlage beigebracht.

Für die Widerstandsbewegung in allen okkupierten Ländern und in Deutschland symbolisierte die Schlacht von Stalingrad die kommende Niederlage des Faschismus. Die Frauen und Männer im Widerstand zogen daraus Kraft, Motivation und Optimismus für die Fortführung ihres antifaschistischen Kampfes.

Die Schlacht von Stalingrad wurde dank der Standhaftigkeit und des Heldenmuts der sowjetischen Truppen und der Bevölkerung gewonnen. Wir erinnern der Toten und gedenken all derjenigen, die sich mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit für die Befreiung ihres Landes von der faschistischen Okkupation und die Zerschlagung der faschistischen Bestie eingesetzt haben. In der Stadt Wolgograd erinnern heute mehr als 200 Orte an diese Geschichte. Die FIR grüßt die Einwohner der Stadt und dankt ihnen für die Bewahrung des Andenkens.

Für alle antifaschistischen Organisationen bleibt der Sieg von Stalingrad ein Gedenktag. Wir verbinden unseren Dank an die Kämpfer mit dem Versprechen, diese Erinnerung an die heutigen Generationen weiterzugeben.

Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten ■

Gedenkveranstaltung anlässlich der Ermordung Erich Meiers



BERLIN. Das Spandauer Bündnis gegen Rechts lädt anlässlich der Ermordung Erich Meiers vor 80 Jahren zu Gedenkveranstaltungen ein. Seit nunmehr 14 Jahren lädt das Spandauer Bündnis gegen Rechts zum Gedenken am Grab des Spandauer Antifaschisten Erich Meier auf den Friedhof „In den Kisseln“ ein.

Erich Meier wurde in der Nacht zum 11. März 1933 von SA-Schergen entführt, schwer misshandelt und auf den Rieselfeldern in Richtung Karolinenhöhe erschossen. Er war der SA schon länger im Weg, machte er doch aus seiner kritischen Haltung dem Regime gegenüber keinen Hehl und schwieg nicht zu Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten. Er verhinderte Veranstaltungen von Nazi-Größen wie Goebbels und übernahm auch der SPD gegenüber eine kritische Rolle, die 1928 die eigene Sache verriet und dem Panzerkreuzerbau nach der Reichstagswahl plötzlich zustimmte. Konsequent verließ er mit 21 Genossen den SAJ, um in den kommunistischen Jugendverband einzutreten.

Auch heute muss durchaus, wer sich gegen neonazistische Tendenzen engagiert, mit juristischer Verfolgung und Repression rechnen – so kriminalisieren die jüngsten Urteile in Dresden den Widerstand gegen Naziaufmärsche auf drastische Weise. Nicht zuletzt deshalb sehen wir es als unverzichtbar an, auf Menschen wie Erich Meier hinzuweisen, die sich dem aufkommenden Faschismus entgegen gestellt haben.

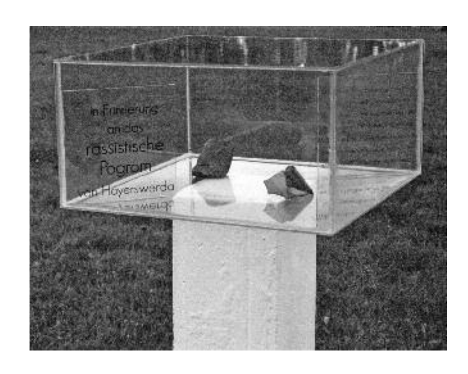
Wir fordern alle auf, die Antifaschismus nicht als Lippenbekenntnis verstehen, gemeinsam mit uns auf dem Friedhof Erich Meiers zu gedenken. Am Tag zuvor werden wir einen antifaschistischen Rundgang auch auf seinen Spuren durch die Spandauer Neustadt veranstalten.

Termine:

Sonnabend, 9. März 2013, 14.00 Uhr, Antifaschistischer Rundgang,
Treffpunkt: Neuendorfer Straße 101, „Volksblatthaus“
Sonntag, 10. März 20130, 14.00 Uhr Gedenken an Erich Meiers Ehrengrab
Treffpunkt: Friedhof in den Kisseln, Pionierstraße 82-165
anschließend: gemeinsames Beisammensein bei Speis und Trank und Unterhaltung

Pressemitteilung des Spandauer Bündnis gegen Rechts
Informationen auch unter: http://spandauer-bündnis.de ■

Transparenz in Hoyerswerda? – Fehlanzeige!



Nun ist es beschlossen. In Hoyerswerda wird ein Denkmal, welches an das rassistische Pogrom von 1991 erinnern soll, errichtet. Eine Bürgerbeteiligung, welcher Entwurf für ein Denkmal realisiert werden soll, gab es nicht. Lediglich über den Standort dürfen die Menschen ein bisschen mitentscheiden. Aus den Reihen des Stadtrates ist jedoch zu hören, dass der Standort schon feststeht. Scheindemokratie.

Anders als dem Oberbürgermeister und Stadtrat von Hoyerswerda ist mir als einer der Ansprechpartner für den eingereichten Entwurf der Initiative „pogrom91" Transparenz wichtig. Daher informiere ich hiermit über den Entwurf der Initiative „pogrom91".

Die Erinnerung an die Ereignisse vom September 1991 soll an den Orten sichtbar sein, an welchen sich die rassistischen Angriffe von 1991 ereignet haben. Es soll deshalb zwei Orte des Erinnerns geben: den Standort des ehemaligen Asylsuchendenheims in der Thomas-Müntzer-Straße und das ehemalige Wohnheim der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der Albert-Schweitzer-Straße. Der Gedenkort am ehemaligen Vertragsarbeiterinnenheim soll jedoch nicht im Wohngebiet auf der Albert-Schweitzer-Straße, sondern an der Dr.Wilhelm-Külz-Straße errichtet werden.

Inhaltlicher Kern an beiden Gedenkorten sind Stelen mit der Aufschrift:

In Erinnerung an das rassistische Pogrom von Hoyerswerda im September 1991.

September 1991: Tagelang griffen Nazis und Bürgerinnen Hoyerswerdas zwei Wohnheime von Vertragsarbeiterinnen und Asylsuchenden mit Steine, Flaschen und Molotowcocktails an — bis diese schließlich evakuiert werden mussten. Die Bewohnerinnen der Heime mussten während der Angriffe um ihr Leben fürchten.

Der Text soll auf transparente Flächen gedruckt werden. Die durchsichtige Gestaltung soll einen Blick auf die Orte des Geschehens ermöglichen, um gedanklich einen Bezug zum hier und jetzt zu unterstützen. „Würde ich einschreiten, wenn ich eine rassistische Gewalttat beobachte?", „Wie reagiere ich heute, wenn ich rassistische Äußerungen vernehme?" oder „Wie geht es den Betroffenen von 1991 eigentlich heute?", soll sich der Betrachter oder die Betrachterin fragen. In das Denkmal sind ein Stein und die Scherbe einer Flasche mit eingearbeitet, sie stehen symbolisch für die Steine und Molotowcocktails, mit denen die Nichtdeutschen in ihren Häusern angegriffen wurden. Die Initiative „Pogrom 91" hat bereits im Jahr 2011 eine solche Stehle entworfen, ein Foto finden Sie im Anhang der Bewerbung.

Neben den Stelen sollen die Gedenkorte um eine Dimension erweitert werden, welche sie zu „Stolpersteinen" machen. Es sollen zwei Orte entstehen, an denen spürbar ist, dass sich Geschichte mit drastischen Folgen ereignet hat. Hierfür sollen die Straße und die Fußwege vor den Gedenkstehlen in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße und in der Thomas-Müntzer-Straße mit gefärbten Bremsschwellen ausgelegt werden. Damit soll der Verkehr vor den beiden Orten der Angriffe von 1991 gebremst werden. Am geeignetsten erscheinen Kreissegmentschwellen. Auf beiden Straßen sollen sieben dieser Schwellen errichtet werden — eine für jeden Tag des rassistischen Pogroms, welches sich vom 17. September bis zum 23. September 1991 ereignete. In derselben Farbe, in welcher die Bremsschwellen gestrichen sind, sollen Farbstriche von den Schwellen auf die Gedenkstehle zulaufen, um beide Elemente miteinander zu verbinden.

Die Initiative „Pogrom 91" hat außerdem einen zwanzig Minuten langen Videobeitrag zusammengestellt, welcher in kurzen Clips die Ereignisse von 1991 dokumentiert und den Umgang in der Stadt mit dem rassistischen Pogrom bis heute aufzeigt. Der Film kann, wenn die Denkmäler an der Dr.-Wilhelm-Külz- und an der Thomas Müntzer-Straße mit entsprechenden Videoprojektoren ausgestattet werden, bei Dunkelheit an Gebäude oder eine aufgestellte Leinwand gestrahlt werden

Angaben zu einer möglichen Förderung des Projekts und bisheriger Finanzierung, wenn vorhanden

Die 1000 Euro Preisgeld können als Anschubfinanzierung genutzt werden. Die Initiative „Pogrom 91" ist der Auffassung, dass die Stadt es den Betroffenen von 1991 schuldig ist, alle weiteren Kosten für die beiden Gedenkorte zu übernehmen.

Referenzen, wenn vorhanden

Die Initiative „Pogrom 91" hat für bisherige Aktionen Unterstützung aus dem ganzen Bundesgebiet erhalten, darunter waren Mitglieder des Bundestages, Mitglieder des Sächsischen Landtages, Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft, Funktionäre der Partei Die Linke, zivilgesellschaftliche und antifaschistische Gruppen

Biografie aller Beteiligten

Die Initiative „Pogrom 91" gründete sich zum 20. Jahrestag des rassistischen Pogroms von 1991. Sie beschäftigt sich mit der Aufarbeitung der Ereignisse von 1991 und mit der Erinnerung an die Angriffe. Sie will den Diskurs um das rassistische Pogrom von 1991 in Hoyerswerda kritisch begleiten und hat 2011 und 2012 Gedenkdemonstrationen in Hoyerswerda organisiert, an welchen sich jeweils mehrere hundert Menschen beteiligten. Die antirassistische Gruppe besteht überwiegend aus Personen, die in Hoyerswerda aufgewachsen sind, aber nicht mehr in Hoyerswerda leben. Mehr Informationen zur Arbeit der Gruppe erfahren Sie auf:
http://pogrom91.tumblr.com

Jens Thöricht ■

Fortsetzung von Seite 2 unten

len, z.B. wenn sich Blockierer eines Aufmarsches so zeitig von dem Marschweg entfernen oder entfernen lassen, dass eine ernsthafte Störung des Aufzuges nicht eintritt." Insgesamt habe der Aufruf des HBgR den „Charakter einer Aufforderung zum Protest und ‚zivilen Ungehorsam'". (Az 7101 Js 943/12)

Quelle: Felix Krebs/Lokalberichte HH ■

Bayerische Neonazis mobilisieren zu „Blood&Honour" -Aktion

Der neonazistische Kameradschaftsdachverband „Freies Netz Süd" (FNS) mobilisiert in Zusammenarbeit mit dem internationalen „Blood & Honour"-Neonazinetzwerk erneut zum „Tag der Ehre" nach Budapest. Zum 17. Mal wollen am 9. Februar 2013 ungarische und andere europäische Neonazis an die „Schlacht um Budapest" erinnern, in der am 11. Februar 1945 die Rote Armee die NS-Wehrmacht und die faschistischen ungarischen „Pfeilkreuzler" besiegte.

Wie in den vergangenen Jahren wird der Aufmarsch von Aktivist_innen des in →

Der VS schützt seine Nazis

Untersuchungsausschuss tagt zu Thüringen

Nachdem der Untersuchungsausschuss zum NSU-Terror die Zeugenbefragungen zu den Morden, Bombenanschlägen und Bankrauben des NSU Ende Dezember 2012 mehr oder weniger abgeschlossen hat, ging es in der ersten Sitzung 2013 um die Zeit des Abtauchens von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe 1998 und damit zentral um die Ereignisse in Thüringen. Drei Zeugen aus Thüringen waren zur Sitzung am 17. Januar 2013 geladen: Oberstaatsanwalt Gerd Michael Schultz, der als Staatsanwalt 1996/97 gegen Angehörige des Thüringer Heimatschutzes (THS) und der Kameradschaft Jena und schließlich auch gegen das Trio ermittelt hat; Kriminalhauptmeister Mario Melzer, der als Ermittler der SOKO REX ein Fachmann zur extremen Rechten in Thüringen war und intensiv gegen den THS und auch das Trio ermittelt hat und schließlich der ehemalige Vizepräsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) in Thüringen, Peter Jörg Nocken.

Die Vorgänge in Thüringen vor und nach dem Abtauchen von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gelten allgemein als skandalös und Ursache für alles, was später passierte. Im Zentrum steht dabei die Auseinandersetzung zwischen Polizei (LKA) und Verfassungsschutz in Thüringen, konkreter noch der Vorwurf von Seiten der Polizei, das LfV habe jahrelang seine schützende Hand über die Naziszene in Thüringen gehalten und die Ermittlungen gegen diese Szene aktiv behindert. Auch in den Vernehmungen der drei Zeugen spielte dieses Thema die zentrale Rolle.

So Berichtete Oberstaatsanwalt Schultz von einem Besuch des LfV 1997 bei dem ihm nahegelegt wurde, nicht so intensiv gegen Tino Brandt zu ermitteln, der damals bereits V-Mann des LfV war. Überhaupt sei der Geheimdienst geradezu ein- und ausgegangen bei der Staatsanwaltschaft und habe um einen „regen Erfahrungsaustausch“ gebeten, der jedoch sehr einseitig gewesen sei. Im Ausschuss kursierte das Wort, die Staatsanwaltschaft sei „abgeschöpft“ worden, denn Schultz räumte freimütig ein, man habe dem LfV großzügig Einblick in die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft gewährt. Die gesetzliche Grundlage für diese Einsicht des Geheimdienstes konnte Herr Schultz auch auf Nachfrage nicht nennen. Der Eindruck, die Nazis in und um Jena würden durch das LfV geschützt, hatte sich nach dem Hinweis auf Tino Brandt als V-Mann auch bei der Staatsanwaltschaft festgesetzt. Anders konnte man sich die erfolglose Suche nach dem im Januar 1998 abgetauchten Trio nicht erklären: ‚Denen musste jemand helfen, aus der rechten Szene oder sonst wer‘, so umschrieb Schultz diesen Verdacht. Schließlich habe man dem LfV 22 Fragen zu diesem Vorgang geschickt, um die Verbindung des LfV zum Trio zu klären. Alle Fragen seien mit „nein“ beantwortet worden; in den sehr umfangreichen Akten aus Thüringen findet sich nichts dazu.

Zwischen 1993 und 2000 gab es ca. 100 Verfahren gegen Mitglieder des THS in Thüringen – 95 (!) davon wurden eingestellt. Im Ausschuss hieß es dazu, es habe in den 90er Jahren offenbar eine Immunität für Nazis in Thüringen gegeben.

Verantwortlich für diese vermeintliche Immunität waren, nimmt man den Zeugen Melzer als Beispiel, offensichtlich nicht die Ermittler der Polizei.

Die SOKO REX, so Melzer, habe intensiv zu den verschiedene Straftaten von Nazis in Thüringen und insbesondere zu einer Serie von Anschlägen und Gewalttaten durch Mitglieder des THS ermittelt. Ausführlich stellte Melzer in seiner Vernehmung diese Ermittlungen dar, erwähnte jedoch immer wieder die Hindernisse und Hürden die ihm und seinen Kollegen in den Weg gestellt wurden. Nach Ansicht von Melzer war das LfV verantwortlich für diese Hindernisse, habe Nazis vor Durchsuchungen gewarnt und dafür gesorgt, dass die Ermittlungen der Polizei ins Leere liefen. Es sei nahezu einhellige Auffassung unter den Kollegen gewesen, dass die erfolglose Fahndung nach dem Trio vom LfV zu verantworten sei, dass dieses seine schützende Hand auch über die Flüchtigen halte. Wenngleich die zahlreichen Hinweise und Belege zum Schutz von Tino Brandt diesen Verdacht sicherlich plausibel machen, konnte bisher kein harter Beweis für diese These erbracht werden.

Im Gegenteil: bekannt wurde in der Befragung, dass das LfV offensichtlich 1997 tatsächlich überlegt hatte, Beate Zschäpe als V-Person zu gewinnen, man davon aber aufgrund eines angeblichen Drogenproblems von Frau Zschäpe abgekommen sei. Der Untersuchungsausschuss wird in einer Sondersitzung im Februar den für diese Überlegung verantwortlichen LfV-Mitarbeiter als Zeugen hören.

In dieser Sondersitzung wird ebenfalls der ehemalige Vizepräsident des LfV Nocken noch einmal gehört werden. Nocken präsentierte dem Ausschuss eine Sichtweise der Dinge, die nur als uneinsichtig und unverschämt bezeichnet werden kann. Eine Stunde lang versuchte er, jede Kritik des Schäfer-Berichtes (*die Schäferkommission hat die Mängel in Thüringen untersucht und dazu einen Bericht vorgelegt*) am LfV zu widerlegen, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass das LfV völlig korrekt gearbeitet habe. Zentrale Hinweise zum abgetauchten Trio, so der Vorwurf der Schäferkommission, wurden vom LfV nicht an die Ermittler weitergegeben, so dass die Suche erfolglos blieb. Nocken verteidigte das Zurückhalten dieser Informationen mit dem Hinweis auf den Quellenschutz. Letzterer sei eindeutig wichtiger als das Strafverfolgungsinteresse der Polizei, zumal es sich damals um keine besonders schweren Straftaten von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe gehandelt habe. Ganz im Gegenteil zur allgemeinen Kritik am LfV sei man viel zu großzügig mit der Weitergabe von Informationen gewesen. Nockens Ausführungen gipfelten in der Behauptung, hätte man das LfV mit seinen Methoden und vor allem mit dem V-Mann Tino Brandt weiter ermitteln lassen, hätte sie das Trio gefunden und „schlimmeres verhindert“. Bis heute kann jemand wie Herr Nocken nicht verstehen, dass in vielen Fällen nicht die Dienste ihre V-Leute führen, sondern sie von diesen an der Nase herum geführt werden.

Es zeigte sich eine gefährliche Parallelwelt der Geheimdienstler, die sich im Fall des NSU zu einer tödlichen Gefahr entwickelt hat. Spätestens die Ausführungen von Nocken müsse allen deutliche gemacht haben, dass sich an diesem System grundlegend etwas ändern muss und dass der Verfassungsschutz nicht reformierbar ist.

Gerd Wiegel ■

Ungarn und Deutschland verbotenen „Blood and Honour“-Netzwerks sowie der dieser Gruppierung nahestehenden ungarischen „Nationalrevolutionären Partei“ (NFP) organisiert. Auch das „Freie Netz Süd“ mobilisiert u. a. auf seiner Webseite zu dem Aufmarsch und gibt sich auf dem deutschsprachigen Flyer durch Verwendung seines Logos als Mitveranstalter aus. Wie bereits bei anderen gemeinsamen Veranstaltungen von FNS und „Blood and Honour Hungária“ (BHH) lässt das FNS auf dem deutschen Flyer lediglich das BHH-Logo weg.

Beginn des Aufmarschs soll um 13.00 Uhr „in Budapest“ sein. Aus Angst vor Gegenprotesten und kritischer Berichterstattung soll der genaue Treffpunkt erst kurz vor Veranstaltungsbeginn bekanntgegeben werden. Als Redner stehen auch Vertreter aus Spanien und Deutschland

pk ist auch in Porz nicht willkommen!

Am Samstag, 26. Januar 2013, sollte ab 11 Uhr in Porz-Urbach eine Kundgebung der rassistischen „Bürgerbewegung" Pro Köln stattfinden. Dort sollte gegen die im Porzer Hotel Dürscheidt untergebrachten Flüchtlinge gehetzt werden. Von denen seien nämlich, so Pro Köln auf seiner Internetseite, etwa 98 % „Scheinasylanten und Asylbetrüger". Woher die VerfasserInnen dieser Zeilen diese Zahlen nehmen, bleibt wohl ihr Geheimnis.

Im Vorfeld hatte sich daraufhin in Porz das Bündnis „Willkommen in Porz" gegründet, welchem u.A. KirchenvertreterInnen, Parteien und das Hotel selbst angehörten. Geplant wurde eine Willkommensfeier im Hotel ab 10:30 Uhr, zu der die Menschen aus Porz (und natürlich auch anderen Stadtteilen) aufgefordert wurden, den Flüchtlingen offen zu begegnen und sich mit Sachspenden am Fest zu beteiligen. Auch das Bündnis „Köln stellt sich quer" hatte zur Teilnahme zu diesem Willkommensfest mobilisiert.

Doch auch auf der Straße regte sich Widerstand gegen die rassistische Hetze. Antifaschistische Gruppen hatten dazu aufgerufen, der Kundgebung von Pro Köln direkt entgegenzutreten. So versammelten sich trotz der Kälte gut 200 Menschen, um in direkter Nähe zu Pro Köln zu protestieren. Zu sehen waren hier Fahnen der Falken, der Grünen Jugend und der LINKEN, und mehrere Transparente von antifaschistischen Gruppen. Die Polizei verzichtete zum Glück dieses Mal darauf, das ganze Viertel hermetisch abzuriegeln und damit lahmzulegen, und ließ die AntifaschischistInnen in Sicht- und Hörweite zu den Rechten stehen.

Pro Köln trat dabei auf wie immer: Mit dabei waren unter anderem Jörg Uckermann, Regina Wilden, Markus Wiener und Judith Wolter. Im Gepäck hatten sie Deutschlandfahnen, einen Sonnenschirm und ein Transparent mit dem Motto der Kundgebung: „Es gibt kein Grundrecht auf Asylmissbrauch".

Dieses wurde von den GegendemonstrantInnen sogleich umgedichtet in: „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda". Daneben wurde aber auch das Bleiberecht für alle Flüchtlinge gefordert. Außerdem gab es kurze Wortbeiträge, in denen sich die Anwesenden mit dem in Dresden zu einer Haftstrafe verurteilten Antifaschisten Tim solidarisierten, woraufhin „Wir sind alle Dresden Nazifrei" gerufen wurde.

Pro Köln versuchte unterdessen, ihre rassistische Propaganda in Form von Flyern unter die Porzer Bevölkerung zu bringen. Allzu viele dürften sie wohl nicht losgeworden sein. Während der Redebeiträge drehten die Rechten den Lautsprecher in Richtung der GegendemonstrantInnen, also weg von der Straße, auf der sie ihre Flyer verteilten. Deutlicher hätten sie es nicht zeigen können: Es ging Uckermann und Konsorten offensichtlich gar nicht darum, die Porzerinnen und Porzer zu erreichen, sondern nur darum, zu provozieren. Bald war der braune Spuk dann auch schon wieder vorbei. Ob ihnen der Boden zu heiß oder die Luft zu kalt wurde, ist nicht bekannt: Nach gerade einmal einer Stunde packten sie ihre Materialien zusammen und gingen nach Hause – begleitet von hämischen Sprechchören der GegendemonstrantInnen. Angekündigt war die Kundgebung eigentlich für 3 Stunden – dieser Auftritt war also peinlich wie eh und je.



Viele AntifaschistInnen begaben sich anschließend noch zum Hotel Dürscheidt, um dort auch das Willkommensfest zu besuchen. Manche von ihnen hatten Spielzeug-Spenden für die Kinder der Flüchtlinge dabei. Zunächst war jedoch erst einmal Warten angesagt, da die Willkommensfeier zu dem Zeitpunkt noch so gut besucht war, dass es in den Räumlichkeiten sehr voll war.

Insgesamt wurde der Tag durchaus als Erfolg gewertet. So erklärte beispielsweise Peter Heumann, Sprecher der Kölner LINKEN, in einer Pressemitteilung des Kreisverbandes: „Es hat sich mal wieder gezeigt, dass sich unterschiedliche Konzepte im Kampf gegen Rechts gut ergänzen können: Das Begrüßungsfest war dazu da, den positiven Dialog zwischen den gut 250 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern sowie den Flüchtlingen zu initiieren. Die Gegenkundgebung mit ebenfalls etwa 250 Teilnehmenden hat zugleich den etwa 15 Mitgliedern von ‚pro Köln' klar gemacht, dass niemand ihre rassistischen Lügenmärchen hören will. 500 Menschen aus Köln und Umgebung haben sich heute mit Offenheit und Solidarität gegen Hass gestellt. Rassismus darf in Köln niemals einen Platz finden."

jk ■

---

auf dem Programm. Für den Abend wird ab 18.00 Uhr ein Rechtsrockkonzert angekündigt, bei dem neben der ungarischen Blood and Honour-Band „Árpád Vére" u.a. auch „Sturmwehr" aus Gelsenkirchen spielen soll.

Erstmals ist 2013 auch die erst Ende 2011 im ungarischen Vác (wo es ebenfalls eine starke „Blood and Honour"- Sektion gibt) gegründete extrem rechte „Gardebewegung für die karpatische Heimat" an der Organisation des „Tages der Ehre" beteiligt. Die „karpatischen Heimatschützer" sehen sich als Bindeglied zwischen allen extrem rechten, faschistischen oder neonazistischen Gruppierungen Ungarns an – Jobbik, Ungarische Garde, Bewegung der 64 Burgkomitate, Kameradschaften und andere. Als Emblem verwendet die „Gardebewegung" den Umriss Ungarns in den Grenzen bis 1918 (Großungarn) in den Farben der mittelalterlichen Arpad-Fahne, die ebenfalls von den faschistischen Pfeilkreuzlern genutzt wurde. Die „Gardebewegung" erkennt den Vertrag von Trianon (1920) nicht an, in dem Ungarn nach Ende des 1. Weltkriegs vertraglich geregelt rund zwei Drittel seines Territoriums an Nachbar- und Nachfolgestaaten abtreten musste. So sehen sie auch das Karpatenbecken, das heute politisch zu sieben Staaten gehört, als ungarisches Gebiet an.

Nachdem der stellvertretende Jobbik-Vorsitzende Márton Gyöngyösi Ende November 2012 während einer Parlamentsdebatte über die israelische Militäroffensive im Gaza-Streifen gefordert hatte, die „in Ungarn lebenden Juden in Listen zu erfassen" und zu prüfen, ob sie ein „Sicherheitsrisiko für Ungarn darstellen". Wenige Tage später demonstrierten, angestachelt durch den Auftritt im Parlament, rund hundert Neofaschisten aus der „Gardebewegung für die Karpathische Heimat" durch Budapest, riefen vor dem Außenministerium „Dreckige Juden" und „Nach Auschwitz mit Euch allen". Am Ende der Demonstration setzte der ehemalige Jobbik-Abgeordnete und heutige „Gardebewegungs"-Aktivist Balázs Lenhardt eine israelische Fahne in Brand.

www.aida-archiv.de ■

Nach „sozialpartnerschaftlicher“ Vereinbarung arbeitsrechtlicher Rückschritte:

Einfallstor für rechte Sozialdemagogie und kapitalistische Erpressung

Marine Le Pen versucht sich durch eine Kampagne gegen das Abkommen zwischen drei Gewerkschaftsverbänden und dem Arbeitgeberlager vom 11 Januar 2013 zu profilieren. Und dabei die extreme Rechte als „sozialere“ Alternative zu Gewerkschaften überhaupt zu verkaufen.

Am Freitag, den 11. Januar 2013 schlossen drei von fünf französischen Gewerkschaftsdachverbänden ein Abkommen mit dem Arbeitgeberlager, das manifeste soziale Rückschritte absegnet. Es hat den so genannten Arbeitsmarkt zum Gegenstand und ermöglicht den Abschluss betrieblicher Vereinbarungen zur Krisenbewältigung durch vorübergehende „Opfer“ der Lohnabhängigen. Anders, als ein unverschämt dämlicher Artikel in der deutschen Wochenzeitung Die Zeit dumm-dreist behauptete[1], beweist natürlich nicht „der Widerstand dagegen wenig Verantwortung“ (sic!) – sondern eher die Tatsache, dass bestimmte Gewerkschafter sich nicht entblödeten, ihre Unterschrift unter eine solche Vereinbarung zu setzen.

Die Darstellung der genauen Inhalte dieses Abkommens, die wir an anderem Ort vorgenommen haben (vgl. *http://www.labournet.de/internationales/frankreich/gewerkschaften-frankreich/ frankreich-kompromiss-sagten-sie/* und *http://www.labournet.de/internationales/frankreich/gewerkschaften-frankreich/nach-sozialpartnerschaftlicher-vereinbarung-arbeitsrechtlicher-ruckschritte-rechte-demagogie-und-kapitalistische-erpressung/*), ist nicht Gegenstand dieses Artikels, bei dem es vielmehr um politischen Reaktionen von Rechts darauf gehen wird. Hinzugefügt sei, dass sich seit kurzem nun auch massive Widerstände seitens anderer Gewerkschaften, die das Abkommen nicht unterzeichneten, regen. Die CGT, also der immer noch stärkste einzelne Gewerkschaftsdachverband, bereitete ein Kampagnenmaterial gegen die Inhalte der so genannten Vereinbarung vor[2]. Und noch vor dem 6. März 2013 (also dem Datum, an dem voraussichtlich der Gesetzentwurf der Regierung zur Umsetzung der Inhalte des Abkommens – die eine Gesetzesänderung benötigen – im Kabinett vorgestellt wird) wollen die CGT und FO gemeinsame Aktionen gegen diese Inhalte veranstalten. Also der stärkste sowie der drittstärkste der Gewerkschaftsdachverbände in Frankreich.[3]

Ausgerechnet die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen versucht bereits seit längerem, sich ihrerseits zu profilieren, indem sie Stunk gegen die neue Vereinbarung macht. Dazu veranstaltet ihre Partei sogar einen ziemlichen Zirkus: Der Front National (FN) lancierte eine eigene Petition gegen das Abkommen. Die extreme Rechte versucht dadurch, sich zur Verteidigerin sozialer Interessen aufzuschwingen, und gleichzeitig die Gewerkschaften als solche zu diskreditieren, von denen behauptet wird, sie hätten nichts mehr mit der Lebenswelt der (allermeisten) Beschäftigten zu tun. Vordergründig spart der FN dabei ferner nicht mit sozialer Demagogie und radikalen Phrasen, und spricht von einer „sozialen Kriegserklärung gegen die Beschäftigten“[4].

Allerdings ist dabei viel Blendwerk im Spiel. So wird behauptet, das Abkommen sei deswegen schädlich, weil es allein den Großbetrieben nutze (denen u.a. kollektive betriebsbedingte Entlassungen erleichtert würden, was auch zutrifft) – aber nichts für die „mittelständischen Betriebe“ getan werde. Stattdessen müssten

→

Rechtsextreme und konservative Abgeordnete unterzeichnen gemeinsam Gesetzesvorschläge

Drei rechtsextreme Abgeordnete sitzen seit Juni 2012 in der französischen Nationalversammlung: der Anwalt Gilbert Collard (parteilos und als Kandidat des FN gewählt), Marion Maréchal-Le Pen (FN und Enkelin dessen Gründers) sowie Jacques Bompard. Letzterer ist der neofaschistische Bürgermeister von Orange. Er gehörte bis im September 2005 dem FN an, danach ab November desselben Jahres kurzzeitig der rechtskatholischen Kleinpartei MPF (Mouvement pour la France, „Bewegung für Frankreich“) des Grafen Philippe de Villiers. Heute steht er an der Spitze einer eigenen Kleinpartei, der Ligue du Sud, in deren Strukturen auch die Anhänger der „identitären“ Bewegung (Bloc identitaire und Ableger) vertreten sind. Bei seiner Wahl ins französische Parlament unterstützte ihn 2012 allerdings auch der Front National, an welchen er sich wieder angenähert hatte.

Die drei besitzen natürlich keine Fraktionsstärke und keinen -status, weder gemeinsam noch getrennt. Insofern hätte man erwarten können, dass sie in der parlamentarischen Arbeit vielleicht relativ isoliert bleiben. Doch weit gefehlt: Bei aus ihrer Sicht wichtigen Themen konnten sie nun gemeinsam mit konservativ-reaktionären und konservativ-wirtschaftsliberalen Abgeordneten Anträge, welche Gesetzentwürfe zum Gegenstand haben, unterzeichnen.

Am 17./18. Januar dieses Jahres wurde zunächst bekannt, dass Marion Maréchal-Le Pen einen Gesetzesvorschlag von einigen Abgeordneten der stärksten Oppositionspartei – der rechtsbürgerlichen UMP – mit unterzeichnet hatte. In ihm wird die Anerkennung der Ereignisse in der Vendée von 1793/94 als „Völkermord“ gefordert. In dieser westfranzösischen Region hatten sich Adelige sowie zahlreiche Bauern, die nach wie vor zu „Gott und König“ hielten, gemeinsam gegen die junge Republik (welche sich gleichzeitig im Krieg mit den europäischen Monarchien befand) erhoben. Letztere antwortete mit scharfer Repression, wobei man die Taten ihres Abgesandten Jean-Baptiste Carrier in Nantes – unter den Befehlen des alkoholkranken Wahnsinnigen wurden u.a. zahlreiche Gefangene in der Loire versenkt – durchaus als Massaker und Massenmord in Bürgerkriegszeiten bezeichnen kann. Seit langem benutzt die politische Konterrevolution und die extreme Rechte diese Ereignisse, die realen und einige dazu erfundene, um die Royalisten und die katholischen Reaktionäre der Anti-1789-Bewegung als unschuldige wahre Opfer der Revolutionsperiode hin-

(neben denen der Arbeitnehmer/innen respektive Lohnabhängigen) die Interessen der „kleinen und mittleren Unternehmen“ viel stärker und besser berücksichtigt werden. Nach dem Motto: ein kleiner Ausbeuter ist automatisch besser als ein großer – was mit der Lebenswirklichkeit ja überhaupt nicht übereinstimmt, denn im Gegenteil können (selbst bei bestem persönlichem Willen seinerseits) die objektiven Bedingungen der Arbeitskräfte beim Ersteren noch viel schlimmer ausfallen, weil kein kollektives Kräfteverhältnis hergestellt werden kann.

Ferner widerspricht Marine Le Pen dem Abkommen auch noch an dem vielleicht einzigen Punkt, wo es tatsächlich für die Lohnabhängigen etwas Positives erreichte – als „Gegenleistung“ für die zahllosen substanziellen Zugeständnisse der Gewerkschaften an das Arbeitgeberlager -, nämlich bei der stärkeren Versteuerung bzw. der Erhöhung von Arbeitgeber-Sozialabgaben für befristete Arbeitsverträge. Vor allem die sehr kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse, unter einem Monat Dauer (die im Augenblick die Mehrheit der in Frankreich abgeschlossenen befristeten Arbeitsverträge darstellen) werden demnach künftig saftiger besteuert. Und zwar, um die Arbeitgeber ein bisschen finanziell davon abzuschrecken, eine allzu große Prekarisierung der Lohnabhängigen anzustreben.

Gerade an dem Punkt erklärt Marine Le Pen jedoch ihre strikte Gegnerschaft: Eine stärke Besteuerung von kurzfristigen Arbeitsverträge unterstelle den Unternehmen ein schuldhaftes Verhalten, und „belastet besonders die mittelständischen Betriebe“, die oft „nichts anders können als befristet einzustellen5“. Von wegen sozial…!

Bernard Schmid, Paris ■

Fußnoten:

1) Vgl. http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-01/frankreich-gewerkschaft-reform

2) Vgl. etwa http://www.facebook.com/ photo.php?fbid=585281528154756&set=pcb.585282338154675&type=1&theater

3) Vgl. folgenden Artikel aus ‚Les Echos', also aus dem französischen Pendant des ‚Handelsblatts' dazu: http://www.lesechos.fr/ economie-politique/ politique/actu/0202543468466 -la-cgt-et-fo-preparent-une-action-commune-contre-l-accord-emploi-534676.php

4) Vgl. http://www.liberation.fr/depeches/ 2013/01/17/accord-sur-l-emploi-une-declaration-de-guerre-aux-salaries-selon-le-pen_874704 sowie http://www.lemonde.fr/ politique/article/2013/01/19/marine-le-pen-lance-une-petition-contre-l-accord-sur-l-emploi_1819436_823448

5) Vgl. u.a. http://gauchedecombat.com/2013/01/10/fn-et-medef-meme-combat/im Zusammenhang mit http://www.liberation.fr/ depeches/2013/ 01/17/accord-sur-l-emploi-une-declaration-de-guerre-aux-salaries-selon-le-pen_874704

---

zustellen. Seitdem Hitlers Völkermord den historischen Faschismus und Nazismus nachhaltig diskreditierte, wird von Rechtsaußen ferner versucht, diese Ereignisse in der Vendée von 1793 und 1794 als „Genozid“ zu charakterisieren, was schlicht falsch ist, und ihn dann gegen den Holocaust in die Waagschale zu legen.

So auch dieser Gesetzesvorschlag. Bereits im Jahr 1987 hatte Monsieur Opa, Jean-Marie Le Pen, einen Gesetzesantrag zum Thema in die damalige Nationalversammlung – der er während der kurzen Legislaturperiode 1986-1988 als Abgeordneter angehörte – eingebracht. Den jetzigen Text, den seine Enkelin unterzeichnete, brachte allerdings der konservative Rechtsaußen-Abgeordnete Lionel Luca (aus Nizza) ein. Der rechte Lucky Luke gehört der Parlamentariergruppe Droite populaire – rund 20 Abgeordnete vom rechten Flügel der UMP, in der Legislaturperiode 2007-12 waren sie noch 39 – an. Ein weiteres Mitglied dieses Zusammenschlusses, der Abgeordnete Dominique Tian, unterzeichnete den Initiativantrag ebenfalls. Er zog seine Unterschrift (im Gegensatz zu L. Luca und Anderen) wieder zurück, nachdem er erfuhr, dass auch die FN-Parlamentarierin ihn unterzeichnet hatte. Ferner unterschrieben der frühere Staatssekretär Alain Marleix, und die drei konservativ-reaktionären Abgeordneten des Départements Vendée in der französischen Nationalversammlung.

Erneut wurde Ende Januar 2013 publik, dass Gesetzesanträge aus den Reihen der UMP die Unterschrift von rechtsextremen Abgeordneten trugen. Dieses Mal waren es Gilbert Collard und Jacques Bompard, die gleich mehrere Initiativanträge unterzeichneten, welche sich gegen die geplante Legalisierung der Homosexuellen-Ehe – die Debatte dazu hat am 29.01.13 begonnen, und die entscheidende Abstimmung in dieser Frage findet voraussichtlich am 12. Februar d.J. statt – richten. Dies wurde am 29. Januar bekannt. Es geht um vier Anträge des Abgeordneten Jean-Pierre Decool, welche u.a. darauf abzielen, dass Bürgermeister sich „aus Gewissensgründen“ weigern dürfen, homosexuelle Paare in ihren Rathäusern zu trauen. Decool bekannte sich dazu, seine Anträge mitsamt Unterschrift der Rechtsextremen aufrecht zu erhalten: „Ich habe noch nie einem Abgeordneten verweigert, meine Anträge zu unterschreiben, dies liegt nicht in meinen Gewohnheiten“, erklärte er zu der Pariser Abendzeitung Le Monde.

Bernard Schmid, Paris ■

Mord an drei kurdischen Politikerinnen mitten in Paris:

Eine Spur schält sich heraus

In der vergangenen Ausgabe der AN berichteten wir über den Mord an drei kurdischen Politikerinnen im Januar dieses Jahres in Paris. In dieser Sache hat sich inzwischen eine „heiße Spur“ anzudeuten, und kurz darauf zu bestätigen begonnen.

Am 18. Januar 2013 wurde unterdessen in Paris bekannt, dass die französische Polizei am Vortag zwei gebürtige Kurden festgenommen habe und diese verhöre. Es handele sich um zwei 1974 und 1982 auf türkischem Staatsgebiet geborene Männer, die im Pariser Vorort La Courneuve wohnten. Es handele sich um vormals den Mordopfern „nahe stehende“ Personen, einer von ihnen habe etwa einer der drei Frauen als Fahrer gedient. Die französische Polizei sprach laut ersten Pressemeldungen von einer „ernsthaften Spur“.

Am 21. Januar d. J. wurde dann bestätigt, dass einer der beiden Männer – der jüngere, 30Jährige – als Haupt-Tatverdächtiger gehandelt werde. Er wurde einem Untersuchungsrichter vorgeführt, und ein formelles strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft beantragte seine Verweisung in U-Haft. Presseveröffentlichungen, die auf Informationen der Ermittlungs- und Justizbehörden zurückgehen, zufolge verfügt er für den Tatzeitpunkt über kein Alibi, und er verstrickte sich in widersprüchliche Erklärungen dazu. Ferner sollen Schmauchspuren an einem seiner Kleidungsstücke gefunden worden sein. Der Mann wurde zunächst als „Fahrer“ von Sakine Cansiz präsentiert[1]. Von französischen bürgerlichen Presseorganen wie etwa der liberalen Pariser Abendzeitung Le Monde wurde daraufhin zunächst festgestellt, es bestätige sich die „interne Spur“, also die Wahrscheinlichkeit einer vom Inneren der PKK ausgehenden Tat.

Hingegen schrieb eine kurdische Nachrichtenagentur dazu kurz darauf, entgegen anderslautenden Darstellungen habe der Betreffende nichts mit der PKK zu tun. Sein in der Türkei lebender Onkel sagte demzufolge aus, die gesamte Fami- →

Landtagswahl Niedersachsen: Innenminister Schünemann raus aus dem neuen Landtag

Eine kleine Freude trotz unserer Wahlniederlage: Schünemann aus dem Landtag „abgeschoben“ Uwe Schünemann (CDU) ist nach den Wahlen zum niedersächsischen Landtag nicht mehr der niedersächsische Minister für Inneres und Sport! Er verlor zudem sein Direktmandat für den Landkreis/Wahlkreis Holzminden mit 40,6 Prozent der Erststimmen an die SPD-Kandidatin Sabine Tippelt mit 42,56 Prozent (vorläufiges amtliches Ergebnis). … Uwe Schünemann stand auf der Landesliste der CDU auf Platz 5, da die Liste aber nicht gezogen hat, verlor er damit nach 18 Jahren sein Mandat im niedersächsischen Landtag. (Quelle Wikipedia) Er war damit nur wenige Tage Chef der Innenministerkonferenz (IMK).

Quelle: DIE LINKE. Niedersachsen 22.01.2013 ■

Inneminister Friedrich wird „begrüßt“

Erfurt. Mit Sprüchen wie „Friedrich vertreiben, Flüchtlinge bleiben“ wurde im Rahmen einer Kundgebung vor der Edith-Stein Schule Erfurt, die der Bundesinnenminister am Freitag den 18.1. besuchte, der Forderung nach einem Bleiberecht für Roma lautstark Ausdruck verliehen.

Die Veranstaltung schloss sich somit an den bundesweiten Aktionstag für einen deutschlandweiten Winterabschiebestopp in die Balkanstaaten an.

Am Morgen des 18. Januar richteten ca. 30 Personen ihren Protest gegen die Hetze des Bundesinnenministers Friedrich gegen Roma. Er bezeichnete Roma als so genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ und wirft ihnen Asylmissbrauch vor. Dabei wird verschwiegen, dass Roma, Ashkali und ÄgypterInnen in Serbien, Mazedonien und Kosovo strukturellem Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt sind. Der Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Wohnungsmarkt sowie zu ausreichender medizinischer Versorgung wird Ihnen vorenthalten. Abschiebungen sowie das Drängen zur ‘freiwilligen Ausreise’ durch die deutschen Behörden ist somit nicht zulässig.

- Residenzpflicht abschaffen!
- Flüchtlingslager abschaffen!
- Abschiebungen stoppen!
- Bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Würde und Menschlichkeit schaffen!

Quelle: https://linksunten.indymedia.org 21.01.2013 ■

Flüchtlingslager in Niedersachsen schließen

Nach der Landtagswahl am 20. Januar 2013 in Nieersachsen wendet sich NO LAGER Osnabrück in einem Brief an die Grünen zur Flüchtlingspolitik:

„Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sind eine studentische Initiative, die sich seit Jahren in der Unterstützung von MigrantInnen in der Landesaufnahmebehörde Bramsche-Hesepe engagiert. Menschenwürde kennt ihrer Möglichkeit nach keine Grenzen, sie fehlt aber in der Wirklichkeit hiesiger Migrationspolitik. Wir begrüßen daher folgendes grünes Wahlversprechen:

„Wir Grüne wollen, dass Flüchtlinge nicht mehr unter katastrophalen Bedingungen in Massenunterkünften leben müssen, um dort auf die Entscheidung über ihre Anträge zu warten. Wir wollen, dass diese Unterkünfte sofort abgeschafft und Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden dezentral untergebracht werden, so dass es ihnen möglich ist, soziale Kontakte zu knüpfen und sich in die Gesellschaft zu integrieren“ (Grünes Wahlprogramm Niedersachsen: 2012/2013: S. 140). …

Im Ziel einer Schließung der niedersächsischen Flüchtlingslager (Braunschweig, Bramsche, Friedland) sind wir uns einig mit Filiz Polat, Ihrer migrationspolitischen Sprecherin. Die engagierten Geflüchteten, in Bramsche-Hesepe

---

lie habe mit der PKK nichts zu schaffen. Ferner stand der 30jährige dieser Darstellung zufolge erst seit „einem Jahr und zwei Monaten“ in Kontakt mit der kurdischen Vereinigung in Paris. Und es wird dementiert, dass er – wie behauptet worden war – der Fahrer von Sakine Cansiz gewesen sei. Ferner leidet der Betreffende dieser Darstellung zufolge an einem schweren Gehirntumor[2]. Trifft diese Darstellung zu, so könnte mit einem weitestgehend manipulierten Individuum als dem Ausführenden der Tat zu rechnen sein. Die Frage lautet dann nur: Von wem…?

Inzwischen hat sich jedoch Klarheit eingestellt, und zwar in aller Deutlichkeit. Ein auf mit der Türkei zusammenhängende Themen spezialisierter Blog der Pariser Abendzeitung Le Monde portraitierte am 28. Januar 2013 den Mordverdächtigen, wobei man erstmals dessen Namen erfuhr: Ömer Güney[3].

Demnach präsentierte der 30jährige sich selbst bei seinen polizeilichen Vernehmungen zwar als „Mitglied der PKK seit zwei Jahren“, was türkischen Zeitungen und Staatsorganen als vermeintlicher Beweis dafür genügte, dass es sich um eine „Tat von innen“ gehandelt habe. Dies wird in dem Artikel jedoch hundertprozentig dementiert, wie es auch von Seiten der kurdischen Organisationen selbst klar abgestritten wird.

Den vorliegenden Informationen zufolge trat Ömer Güney erstmals einem der kurdischen Vereine im Pariser Umland im November 2011 bei, also ein Jahr und zwei Monate vor dem Mord. In diesem kurzen Zeitraum kann er nicht Kontakte bis hinein in die Guerilla geknüpft haben – dies ist schlicht ausgeschlossen. Es wird auch deutlich, dass er nicht als „Fahrer“ von Sakine Cansiz arbeitet. Eigenen Angaben zufolge soll Ömer Güney als Leiharbeiter am Pariser Flughafen angestellt gewesen sein. Er war im Alter von fünf Jahren mit seiner Familie nach Frankreich gekommen. Im Jahr 2003 und danach lebte er aufgrund einer Heirat für einige Zeit auch in Deutschland, kehrte aber infolge einer Scheidung nach Frankreich zurück.

Der Autor des Blogbeitrags erfuhr auch mehr über den familiären Hintergrund Güneys. Demnach trifft es vollauf zu, wenn sein Onkel erklärt, die Familie habe mit der kurdischen Bewegung nichts zu tun. Ömer Güney stammt demnach aus dem Dorf Palat Pascha – benannt nach einem General bei der Türkischen Zypern-Invasion von 1974 – in der Provinz Sivas, in welchem es „keine einzige kurdischstämmige Familie“ gebe, hingegen viele türkische Ultranationalisten. Die gesamte Familie Ömer Güneys, so wird ebenfalls erwähnt, habe stets bei Wahlen für die neofaschistische MHP („Nationalistische Aktionspartei“) gestimmt, also jene Partei, die hinter den über die Landesgrenzen hinaus bekannt gewordenen Milizen der „Grauen Wölfe“ steht.

Ömer Güney, so erfährt man ferner, verdiene in seinem Job nicht viel. Dennoch sei er allein im Jahr 2012 über zehn Mal in die Türkei geflogen, und dabei zuletzt im Dezember 12 für drei Tage in einem (anscheinend teuren) Hotel im Zentrum der Hauptstadt Ankara residiert.

Diese Informationen werfen mit umso stärkerem Nachdruck die Frage nach den Hintermännern der Tat auf…

Fußnoten:

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/01/21/assassinat-des-militantes-kurdes-a-paris-un-proche-defere-a-la-justice_1819845_3214.html

2 Vgl. http://www.actukurde.fr/actualites/ 414/l-oncle-du-suspect-il-n-est-pas-membre-du-pkk-.html

3 Vgl. http://istanbul.blog.lemonde.fr/2013/01/28/qui-est-omer-guney-le-suspect-du-meurtre-de-trois-militantes-kurdes/

wie bei den Protesten in Berlin, erwarten von Ihnen als Grüne, dass Sie mit ihrem Wahlprogramm Ernst machen.

Wir bitten Sie die Schließung der Flüchtlingslager in Ihren Kreisverbänden und auf der Landesdelegiertenkonferenz am 16. und 17. Februar 2013 in Hannover zu thematisieren. Wir sind gespannt auf Ihre Entscheidungen und die Koalitionsverhandlungen mit der SPD.

Mit freundlichen Grüßen, NO LAGER Osnabrück"

Quelle: NO LAGER Osnabrück 27.01.2013 ■

Einbürgerungen erleichtern sofort!

DIE LINKE fordert umfassende Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht und in der Einbürgerungspraxis.

Der Antrag „Für gleiche Rechte – Einbürgerungen erleichtern" (BT-Drs. 17/12185) enthält langjährige Forderungen der LINKEN nach umfassenden Einbürgerungserleichterungen durch entsprechende gesetzliche Änderungen, etwa den Verzicht auf das Dogma der Einstaatigkeit, die Beendigung der absurden und geradezu unhaltbaren Optionspflicht, die Herabsetzung geforderter Aufenthaltszeiten, Gebühren usw. usf.

Im Antrag wird ausgeführt, dass diese gesetzlichen Erleichterungen sich geradezu zwingend aus der Idee der Demokratie ergeben, die erfordert, dass die einer staatlichen Herrschaft dauerhaft Unterworfenen auch entsprechende Rechte in Bezug auf demokratische Wahlen haben müssen – so schon das Bundesverfassungsgericht in seiner (ansonsten üblen) Entscheidung zum „Ausländerwahlrecht" aus dem Jahr 1990!

Der Antrag enthält aber auch konkrete Forderungen zur Erleichterung der Einbürgerungspraxis innerhalb des geltenden Rechts! Hierzu wurden unter anderem Daten des Statistischen Bundesamts zu den regional unterschiedlichen Einbürgerungsquoten türkischer Staatsangehöriger und den Umgang mit Mehrstaatigkeit abgefragt und verwertet. Auf das Ergebnis hatte Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., bereits vor über einem Jahr hingewiesen: *http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/abgeordnete/gezielte-einbuergerungsverhinderung-allem-bayern/*

Die Entscheidung, ob jemand die deutsche Staatsangehörigkeit erhält oder nicht, darf nicht (jedenfalls nicht in diesem Maße) davon abhängen, in welchem Bundesland ein Einbürgerungsantrag gestellt wird!

Schließlich fordert DIE LINKE ein eigenständiges Einbürgerungsrecht für hier geborene und aufwachsende Kinder mit einer humanitären oder einer anderen im Regelfall auf Dauer angelegten Aufenthaltserlaubnis – aufgrund internationaler Verpflichtungen. Dies folgt aus der UN-Kinderrechtskonvention und dem Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit, die entsprechende Einbürgerungserleichterungen vorsehen bzw. als Rechte formulieren. Argumentative Details können der ausführlichen Begründung entnommen werden.

Diese und weitere spannende Aspekte (natürlich insbesondere auch zu den unfreiwilligen Ausbürgerungen infolge der Optionspflicht) werden Thema einer öffentlichen Sachverständigen-Anhörung im Deutschen Bundestag sein, vermutlich Mitte März 2013!

Quelle: thomas.hohlfeld@linksfraktion.de 30. 1.2013 ■

Nur provisorische Zahnfüllungen für Flüchtlinge?

Skandalöse Praxis bei der zahnmedizinischen Versorgung von Flüchtlingen in Thüringen unverändert

Es „… kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Ausschalten der Beschwerden nur eine provisorische Füllung am Zahn … genehmigt werden", so ein vorliegender Bescheid des Zahnärztlichen Dienstes vom Erfurter Amt für Soziales und Gesundheit.

Die Zahnbehandlung von Flüchtlingen, die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, ist in Thüringen auch nach dem Rundschreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 27.01.2012 unverändert skandalös. Wie der oben zitierte Bescheid bestätigt, werden Zahnfüllungen häufig nicht von den Sozialämtern nach dem Stand der medizinischen Kunst übernommen. Alternativ bleibt dann die Privatabrechnung oder im Einzelfall das Zahnziehen eines behandelbaren Zahnes, da hierfür eine pauschale Kostenübernahmeerklärung ohne weitere Prüfung vorliegt.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt hatte in dem Schreiben vom 27.01.2012 gegenüber den Sozialämtern zwar festgehalten, dass „zahnerhaltenden Maßnahmen der Vorrang vor einer Extraktion einzuräumen" ist und „eine nach den Regeln der ärztlichen Kunst angefertigte Füllung" vorrangig in Betracht kommt. Die abrechenbaren Behandlungsmöglichkeiten der ZahnärztInnen wurden aber unverändert auf geringstem Niveau beschränkt gelassen. Im Ergebnis hatte daher das Schreiben nahezu keine Relevanz.

Für den Flüchtlingsrat Thüringen e.V. kritisiert Steffen Dittes, dass "Flüchtlingen immer noch eine der medizinischen Notwendigkeit entsprechende Behandlung verwehrt wird. Diese Praxis ist skandalös undmissachtet die Grundrechte von Flüchtlingen. Statt an diskriminierenden Sonderlösungen für Flüchtlinge im Rahmen einer neuerlichen Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes festzuhalten, ist dieses Gesetzabzuschaffen, dass den Behörden die Tür für eine derartig entwürdigende Praxis medizinischer Leistungsgewährung öffnet."

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. fordert, umgehend eine zahnmedizinische Versorgung von Flüchtlingen nach den Regeln der zahnärztlichen Kunst und analog der Kassenleistungen für gesetzlich Versicherte sicherzustellen. Dazu ist insbesondere erforderlich:

- eine Aufhebung des Beschlusses 31/2002 der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Thüringens (und ggf. ähnlicher Beschlüsse), der den ZahnärztInnen ohne Einbeziehung des Sozialamtes nur einen Minimalstkatalog an abrechenbaren Leistungen (z.B. ohne reine Füllung, ohne Röntgenaufnahmen, etc.) garantiert,
- eine eindeutige Weisung des Thüringer Innenministeriums an die Sozialämter, die solche skandalösen Praktiken unterbindet und sicherstellt, dass die Behandlung der Asylsuchenden nach den Regeln der zahnärztlichen Kunst erfolgt und durch die Sozialämter abgerechnet wird,

sowie

- eine Würdigung des medizinischen Sachverstandes der behandelnden ZahnmedizinerInnen seitens des Landesverwaltungsamtes, so dass deren Behandlungsplan (z.B. bei der Zahnfüllung) nicht vom Zahnmedizinischen Dienst einer Behörde überprüft werden soll.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-thr.de 23.01.2013 ■

Rassistische Asylgesetze in die Tonne

Am 22.01.2013 führte die GRÜNE JUGEND Göttingen eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kommunale Spielräume der Abschiebepraxis?!" an der 97 Besucher*innen teilgenommen haben, durch. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion zu kommunalen Spielräumen im Asylrecht fordert die GRÜNE JUGEND (GJ) Göttingen eine sofortige Beendigung der Gutscheinpraxis, antirassistische Trainings für die Mitarbeitenden der Ausländer*innenbehörde, die Nichtumsetzung des Rückübernahmeabkommens für Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien und ein Bleiberecht für alle!

Thematisiert wurden, neben kommunalen Spielräumen, die Verantwortung der Ausländer*innenbehörde und die Möglichkeit des kommunalen Widerstands gegen die rassistische Asylgesetzgebung. Podiumsgäste waren Kenan Emini (Roma Center), Kai Weber (Flüchtlingsrat), Claire Deery (Anwältin) und Siegfried Lieske (Ordnungsdezernent Stadt Göttingen). Es wurde deutlich, dass die Asylgesetzgebung darauf ausgelegt ist, Geflüchtete schnell wieder loszuwerden und ihnen

den Aufenthalt in Deutschland möglichst unangenehm zu machen. Claire Deery und Kai Weber verdeutlichten jedoch auch, dass es so genanntes Ermessen gäbe, nach dem die Sachbearbeitenden entscheiden können.

„Das grundsätzliche Ziel kann nur eine Abschaffung der rassistischen Asylgesetze sein!“, so ein Mitglied der GJ, „Es wäre aber ein Anfang, die Göttinger Ausländer*innenbehörde umzustrukturieren: Statt Überprüfungen, Verweigerung von Zusammenarbeit und Integrationsforderungen, brauchen wir kompetente Hilfe und Beratung, die darauf abzielt, die Lücken in der Gesetzgebung zu nutzen, um den von der Asylpolitik Betroffenen möglichst schnell ein festes Bleiberecht zu ermöglichen!“ Die GJ Göttingen fordert die Ausländer*innenbehörde auf, für ihre Mitarbeitenden verpflichtend antirassistische Trainings einzuführen.

Über die bisherige Gutscheinpraxis wurde intensiv diskutiert: Siegfried Lieske erklärte, dass es Anweisungen aus Hannover gegeben hätte, deren Nichtbefolgung ein Stopp des Geldflusses bedeutet hätte.

Aus dem Publikum kamen Forderungen nach denen sich die Stadt diesem Druck zumindest versuchs- und zweitweise hätte aussetzen können. Ein Mitglied der GJ Göttingen kommentiert: „Ein Publikumsgast forderte, ab nächster Woche Bargeld auszugeben. Dem können wir uns nur anschließen! Wenn am nächsten Montag, dem 28.01., die Flüchtlinge die Leistungen für den Monat Februar abholen, erwarten wir, dass alle Bargeld erhalten! Jetzt, wo Schünemanns Abschieberegime abgewählt ist, gibt es keine Ausreden mehr, die aus humanitären Gründen gebotene Bargeldauszahlung zu verweigern! Stadt und Landkreis Göttingen müssen jetzt endlich Worten Taten folgen lassen!“ Auch der AK Asyl fordert, ab dem 28.01. Bargeld statt Gutscheine auszugeben. Der Umgang mit Rom*nija wurde von Kenan Emini scharf kritisiert. Die Deutschen sollten sich endlich selbst integrieren und sich mit ihren antiziganistischen Vorurteilen auseinandersetzen. Die GJ fordert außerdem, dass das Land Niedersachsen und Stadt und Landkreis Göttingen das in diesem Jahr auslaufende Rückübernahmeabkonmmen für Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien, weshalb allein in Göttingen mehrere hundert Rom*nija von Abschiebungen in den Kosovo bedroht sind, nicht umsetzen! Kenan Eminis aufrüttelnde Schilderung der seit 800 Jahren andauernden Verfolgung und Ausgrenzung der Rom*nijagruppen und der Fakt, dass derzeit Menschen abgeschoben werden, deren Großeltern während der Porajmos in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden, hat klargemacht, dass die Umsetzung des Rückübernahmeabkommens ein Verbrechen an der Menschlichkeit wäre!

Wir fordern alle Göttinger*innen auf, aufmerksam zu bleiben und Unterstützung zu organisieren.

Wir fordern die neue Landesregierung und insbesondere die Grünen auf, in der Flüchtlingspolitik vollständig umzuschwenken und eine Linie zu verfolgen, die klar auf ein Bleiberecht für alle hinarbeitet und dabei auch dem Druck der Bundesebene standhält.

Wir fordern die neue Landesregierung dazu auf, die Wahlprüfsteine des niedersächsischen Flüchtlingsrates vollständig umzusetzen!

Quelle: Pressemitteilung Grüne Jugend Göttingen 24.01.2013 ■

Protestierende Flüchtlinge in Europa

Einladung vom Aktionskreis unabhängig protestierender Flüchtlinge

Aufruf zum Kongress der protestierenden Flüchtlinge in Europa vom 1. - 3. März 2013 in München

Seit dem 19. März 2012 befinden wir Flüchtlinge uns in einem Kampf um das Erringen von elementaren Menschenrechten, von Freiheit und Gleichheit, denn wir wollen nicht mehr wie „Ausländer“ und Menschen dritten Grades behandelt werden, sondern wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger. Diese Ära unseres Kampfes begann mit einem kleinen Zelt in Würzburg und erwuchs zu einer großen Bewegung, die sich in ganz Europa ausbreitet.

Dieser lange Streik war bisher von vielen Höhen und Tiefen begleitet, die die vielschichtigen Entwicklungen des Protestes charakterisieren. Tragische Geschehnisse wie der Selbstmord von Mohammad Rahsepar am 28. Januar 2012, der Beginn des Streiks und die vielen darauf folgenden politischen Aktionen wie die Demonstration am 13. Februar, der Beginn des Hungerstreiks in Würzburg, der Beginn des Protestzelt-Projekts am 19. März und dessen Ausweitung auf elf Städte in fünf deutschen Bundesländern bis zum September und zuletzt die Durchführung des Protestmarsches nach Berlin sowie der große Streik in Berlin.

In dieser Zeit haben die Proteste der Flüchtlinge und der Illegalisierten auf der europäischen Ebene in unterschiedlichster Form Früchte getragen und wichtige Veränderungen in einigen Ländern mit sich gebracht. Von Mai an begannen weitere Streiks in Dänemark, in der Türkei, in Bulgarien, in Griechenland, in Frankreich, in Holland und in Österreich.

In den beiden letztgenannten Fällen hat die Polizei die Protestcamps niedergerissen, weswegen die Flüchtlinge an einem anderen Ort ihren Protest fortsetzen müssen, sodass die Solidarität und der Zusammenhalt in den Kämpfen in Deutschland, Holland und in Österreich die zur Zeit noch klar sichtbaren Punkte dieses Widerstands sind. Während dieser langen Zeit der Auseinandersetzungen und Kämpfe mit einem ausländerfeindlichen und flüchtlingsfeindlichen System konnten wir viele Erfahrungen sammeln. Im Austausch mit den streikenden Illegalisierten in Holland sowie dem Streik und dem Protestmarsch in Österreich sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass eine gemeinsame kritische Analyse und das Sammeln von weiteren Ideen für die Zukunft des Flüchtlingsprotestes unabdingbar sind.

Dabei stellt das Hauptziel die Bildung von unabhängigen Räten von Flüchtlingen dar, die vollständig von protestierenden Flüchtlingen selbst organisiert sind und in jedem geographischen Fleck als solidarisches Kollektiv gemeinsam Strategien ihres Widerstands ausarbeiten und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Zu diesem Zweck organisieren und veranstalten wir diesen bundesweiten Kongress.

In diesem Sinne laden wir alle Flüchtlinge, Illegalisierte, Einwanderer/Immigrant_innen und Menschen mit Migrationshintergrund, Aktivist-innen, Studierende, Journalist_innen, Menschenrechtsaktivist_innen zu diesem Kongress ein, sich zu beteiligen und mitzuarbeiten.

Flüchtlinge, Illegalisierte und Migrant_innen haben entschieden, einen weiteren großen Schritt für ihre selbstorganisierte Unabhängigkeit und für ein Widerstandskollektiv zu tun, für die, die „nicht von hier“ sind, in der untersten Schicht der europäischen Gesellschaft, für all diejeigen, die das System mit all seinen Möglichkeiten und all seiner Macht zu negieren versucht und ihnen ihre sozialen und menschlichen Rechte abspricht.

Nach vielen Gesprächen zwischen dem Organisationskommittee der streikenden Flüchtlinge und weiteren aktiven Flüchtlingen wurde das erste März-Wochenende (1. bis 3. März 2013) für den Kongress ausgesucht. Wir laden alle aktiven Personen und Gruppen ein, sich anzuschließen, ob nur in Form ihrer Anwesenheit oder ihrer Mitarbeit im Ganzen oder nur in Teilen. Dieses Projekt läuft zur Zeit unter Mitarbeit vieler verschiedener Gruppen, aber eure Beteiligung an diesem Projekt ist notwendig und mit Sicherheit kann eure Aktivität der Qualität der Durchführung des Projekts dienlich sein.

Aktionskreis unabhängig protestierender Flüchtlinge im Januar 2013
Quelle: http://refugeecongress.wordpress.com 08.01.2013 ■

Anstieg illegaler Einreisen ist Folge rassistischer Politik

„Der gemeldete Anstieg ‚illegaler‘ Einreisen ist ein Beleg zunehmender Illegalisierung Schutzsuchender und das Re-

sultat rassistischer Polizeikontrollen", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Pressemeldungen über Teilergebnisse des Migrationsberichts 2011. Jelpke weiter:

Nicht nur im Jahr 2011, auch 2012 sind wieder erheblich mehr Menschen bei der ‚illegalen' Einreise aufgegriffen worden, wie eine Anfrage der Linksfraktion ergab. In den ersten drei Quartalen 2012 gab es noch einmal 19,4 Prozent mehr Aufgriffe durch die Polizei als im Vorjahr (BT-Drs. 17/11971, Frage 8). Das ist aber keine Erfolgsmeldung, denn bei vielen derart Aufgegriffenen handelt es sich um Schutzsuchende und Flüchtlinge, deren Migration innerhalb der EU als illegal bezeichnet wird. Aber nicht diese Schutzsuche der Menschen ist verwerflich. Verwerflich ist eine Politik, die diese Menschen kriminalisiert. Viele illegale Einreisen resultieren draus, dass Asylsuchende der Zwangszuweisung ihres Zufluchtslandes infolge der grausamen Lotterie durch das EU-Dublin-Regime entkommen möchten. Wenn die Menschen ungerechte und grausame Gesetze umgehen, ist dies völlig legitim – nicht illegal.

Die Kehrseite der vermeintlichen Erfolgsmeldungen ist, dass die Polizeikontrollen im Schengen-Raum sich immer mehr der grund- und menschenrechtswidrigen Praxis des racial profiling bedienen. Weil systematische Grenzkontrollen innerhalb der EU verboten sind, werden gezielt Personen kontrolliert, bei denen die Polizei aufgrund ihrer Äußerlichkeiten davon ausgeht, dass die Chance der Aufdeckung einer illegalen Einreise oder Straftat größer ist. Das Resultat sind rassistische Kontrollen, deren Leidtragende insbesondere ‚nichtdeutsch' Aussehende sind. Im Jahr 2011 gab es im Inland und im Grenzgebiet über drei Millionen anlasslose Kontrollen und Befragungen durch die Bundespolizei, 2012 gab es vermutlich über 3,5 Millionen solcher Kontrollen (BT-Drs. 17/11971, Frage 8).

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Flüchtlingsproteste in Tunesien

Choucha. Etwa hundert Geflüchtete aus dem Flüchtlingslager Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze sind am Montag, den 28. Januar, in Tunis angekommen, um dort einen mehrtägigen Protest durchzuführen. Nachdem sie seit zwei Jahren in Zelten in der Wüste leben müssen, ihre Asylverfahren vom UNHCR nachlässig bearbeitet und schließlich abgelehnt wurden und ihnen seit Oktober 2012 selbst der Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung gestrichen wurde, haben die Protestierenden die nötigen Schritte unternommen, um gegen ihre Isolation und Perspektivlosigkeit einzutreten.

Das während des Libyenkriegs im Februar 2011 vom UNHCR errichtete Lager Choucha bot Fliehenden die Möglichkeit, ein Asylverfahren zu durchlaufen und mit dem Resettlement-Programm in teilnehmende Drittstaaten auszureisen. Das Leben im Flüchtlingslager hatte, vor allem für die vom UNHCR nicht anerkannten Flüchtlinge, in den letzten zwei Jahren nicht viel zu bieten außer erdrückendem Warten, Hitze und Sandstürmen am Rand der Wüste.

Dieses Lager muss im Kontext der Externalisierungspolitik der EU gesehen werden, es hielt viele Menschen davon ab, mit einer Bootsüberfahrt nach Italien das EU-Grenzregime herauszufordern. Gleichzeitig ließ sich mit der partiellen Aufnahme von Flüchtlingen medial ein konträres Bild zur militarisierten Migrationsbekämpfung zeichnen. Deutschland (82 Mio. Einwohnende) tat sich hierbei mit der generösen Aufnahme von 205 Flüchtlingen hervor, während Tunesien (ca. 10 Millionen Einwohnende) während des Libyenkriegs eine halbe Million Menschen aufnahm.

Am Resettlementverfahren darf jedoch nur teilnehmen, wer das Flüchtlingszertifikat besitzt. Viele derer, die vom UNHCR nicht als Flüchtlinge anerkannt wurden, sind bereits in ihre Herkunftsländer zurück gereist – die meisten nicht wirklich freiwillig, sondern unter Druck und mangels Alternativen – oder sie versuchten die gefährliche Überfahrt per Boot Richtung Europa. 230 von ihnen, überwiegend Menschen aus Subsahara-Afrika wie z.B. Nigeria, dem Tschad und der Elfenbeinküste, sind jedoch noch immer in Choucha. Sie werfen dem UNHCR schwere Fehler und große Nachlässigkeit bei der Bearbeitung ihrer Asylverfahren vor. Diese Fehler reichen von parteiischen und inkompetenten Dolmetschenden, falsch dokumentierten Orts- und Familiennamen bis hin zu der Zusammenarbeit mit Staatsorganen, vor denen die Asylsuchenden flohen.

Die darauffolgende Ablehnung und Perpektivlosigkeit dieser Gruppe von etwa 230 Menschen führte zu diversen Protestaktionen im letzten Jahr und nun zu der aktuellen Forderung – mit der einhundert von ihnen nach Tunis reisten – nach einer unabhängigen Überprüfung der abgelehnten Fälle.

Die Fahrt nach Tunis stellt als solche schon einen widerständigen Protestakt dar. Weil sie vom UNHCR abgelehnt wurden, ist die Gruppe der etwa 230 Flüchtlinge, „illegal" in Tunesien und die Reisefreiheit im Land wird ihnen verwehrt. Daher können sie jederzeit festgenommen, inhaftiert und – wenn der Tunesische Staat dazu bereit ist – abgeschoben werden. Bisher wurden Illegalisierte stets nur kurz inhaftiert und mit dem Hinweis darauf, dass der UNHCR für sie verantwortlich sei, zurück nach Choucha geschickt. In diesem Ping-Pong der Verantwortlichkeiten sei das jüngste Verhalten des UNHCR hervorgehoben. Seit Oktober 2012 wird den abgelehnten Asylsuchenden jeglicher Zugang zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung vorenthalten und spätestens im Juni 2013 soll das Lager komplett geschlossen werden, ohne dass den Abgelehnten akzeptable Alternativen angeboten werden. Dieses skandalöse Verhalten einer renommierten humanitären Organisation zielt offensichtlich darauf ab, die Betroffenen auf brutalste Weise zur Ausreise zu zwingen. Die Flüchtlinge betonen jedoch aufgrund von Verfolgung und/oder Krieg nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren zu können, was der UNHCR mit einer adäquaten Überprüfung ihrer Fälle selbst feststellen könnte. Zudem lehnen sie den zynischen „Alternativ"-Vorschlag des UNHCR, zurück nach Libyen zu gehen, entschieden ab. Libyen bietet immer noch keine Sicherheit – vor allem Schwarze Menschen sind von ständiger willkürlicher Verhaftung und rassistischer Gewalt bedroht. Viele Menschen die in Choucha leben haben dementsprechende Erfahrungsberichte von nach Libyen Zurückgekehrten bekommen.

Daher sind zwei weitere ganz zentrale Forderungen des aktuellen Protests die Wiederaufnahme der Versorgung im Flüchtlingslager, sowie Resettlement-Plätze für alle noch in Choucha Verweilenden. Letztere Forderung ist neben dem UNHCR auch an die EU und NATO Staaten gerichtet, die mit ihrer Intervention im Libyenkrieg für die jetzige Situation mitverantwortlich sind.

Um diese Forderungen gegenüber UNHCR und EU zu unterstreichen und sie der tunesischen und internationalen Öffentlichkeit zugänglich zu machen, protestieren die Flüchtlinge aus Choucha mehrere Tage lang in Tunis. Dabei sind sie auf vielfältige Unterstützung angewiesen!

Verbreitet die Information über den Protest über Mailinglisten, Facebook und mit euren Mündern!

Unterschreibt den offenen Brief mit den Forderungen der Protestierenden an Ursula Schulze Aboubacar, der Chefin des tunesischen UNHCR!

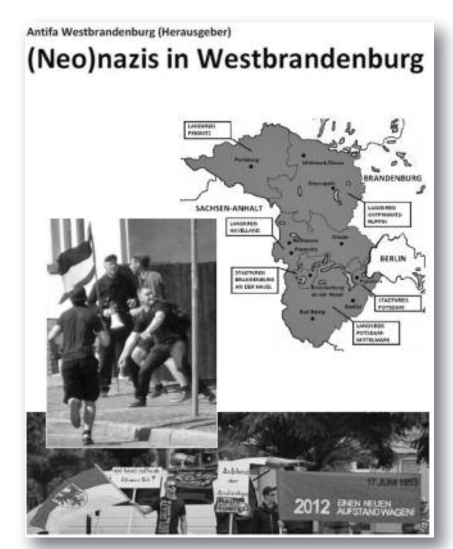
Nehmt an der Faxkampagne **teil** und schickt das FAX an UNHCR Büros in euren Ländern und an die in Tunesien zuständige UNHCR-Repräsentantin!

Spendet für Lebensmittel, Transport und Telekommunikationsmittel der Protestierenden.

Weitere Infos findet ihr unter:
choucha@riseup.net

http://chouchaprotest.noblogs.org/ ■

Dokumentation zu (Neo)nazis in Westbrandenburg 2012 erschienen / Antifaschistische Recherchegruppe fordert Auflösung der NPD und der „Freien Kräfte Neuruppin“



Eine Antifaschistische Recherchegruppe hat die Aktivitäten und Strukturen des (neo)nazistischen Milieus in Westbrandenburg analysiert, bewertet und der Antifa Westbrandenburg zur Veröffentlichung als Dokument zur Verfügung gestellt.

Als Konsequenz der Analyse fordert die Gruppe die Auflösung der NPD und der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“. Diese Organisationen, deren (neo)nationalsozialistischer und damit verfassungswidriger Charakter bereits in früheren Jahresrückblicken der Antifa Westhavelland (2007 bis 2011) erkannt wurde, gelten als Drahtzieher nahezu aller propagandistischen Aktivitäten des (neo)nazistischen Netzwerkes in Westbrandenburg. Zudem wurden 2012 auch aggressiv-kämpferische Elemente in der Artikulation beider Vereinigungen festgestellt.

Neben den der NPD und der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ standen 2012 aber auch weitere (neo)nazistische Vereinigungen im Fokus der Recherchegruppe. Diese in erster Linie parteiungebundenen Gruppierungen konzentrieren sich vor allem in Wittstock/Dosse und Potsdam. Dort sind sie bestrebt, die Stadt oder einzelne Stadtteile zu dominieren. Ein Engagement in überregionalen Netzwerken ist bei diesen eher lokal orientierten Vereinigungen jedoch nur bedingt erkennbar und beschränkt sich auf die Teilnahme an einigen größeren Aufmärschen.

Hinweise zu Ansätzen zum Aufbau terroristischer Strukturen ergaben sich 2012 im Zusammenhang mit dem Tod des Berliner (Neo)nazis Jörg Lange in Herzberg (Landkreis Ostprignitz-Ruppin). Bei ihm wurden mehrere Schusswaffen gefunden. In Herzberg versuchte eine Gruppe um den westfälischen (Neo)nazi Meinholf Schönborn, zu der auch Lange gehörte, ein „Schulungszentrum“ zu errichten.

Antifa Westbrandenburg
27.1.2013

Download:
http://media.de.indymedia.org/media/2013/01//340917.pdf

Neue Website zum Jahr 1933



Vor 80 Jahren am 30. Januar 1933 kam Hitler an die Macht. Die VVN-BdA hat eine Sonderseite eingerichtet, die die Ereignisse dieses ersten Jahres der Nazi-Diktatur dokumentiert: http://dasjahr1933.de

Veranstaltung zum Reichstagsbrand vor 80 Jahren

der Fraktion DIE LINKE, Clara-Zetkin-Saal, Reichstag, Eingang West, 28. Februar 2013, 18.30 Uhr

Am Ort des Geschehens wollen wir auf den Brand des Reichstags in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 wenige Wochen nach der Machtübertragung an die Nazis zurückblicken. Dabei wird es nicht nur um die Tat selbst und die Debatte über ihre Hintergründe gehen, sondern auch um die Umstände, die den Nazis den Weg zur Macht geebnet haben. Eine Collage aus Filmen und Bildern aus den Jahren 1930 bis 1933 soll einen lebendigen Eindruck der Zeit wiedergeben: vom Zustand der Weimarer Republik zu Beginn der 30er Jahre über den Aufstieg der NSDAP bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Es folgte die brutale Machtergreifung der NSDAP, deren wichtigstes Instrument – die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ unmittelbar mit dem Reichstagsbrand begründet wurde. Wir wollen aber auch einen Blick auf das Ende des „Dritten Reichs“ werfen: Der Reichstag selbst war auch symbolischer Ort des Sieges der Alliierten und der opferreichen Niederwerfung der „Festung Berlin“ durch die Rote Armee. …

Zum Thema findet außerdem am 2. März ein Rundgang statt. Er beginnt am Reichstag und führt über die „Neue Reichskanzlei“ zur „Topographie des Terrors“.

PROGRAMM

28. Februar 2013, 18.30 Uhr
2. März 2013, 14.00 Uhr
…
Um Anmeldung wird gebeten
www.ulla-jelpke.de
www.linksfraktion.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Einladung
Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen 18. bis 28.3.2013

Du kannst dabei sein!

Mit Jugendlichen aus neun Ländern. Wir gestalten den Erinnerungsweg zu den ehemaligen Lagern, sprechen mit Überlebenden der Nazi-Verfolgung, mit heute von Asylpolitik Betroffenen und mit Neonazi-Gegner_innen. Wir arbeiten im Archiv und draußen, mit Werkzeug, Farbe und Kamera. Wir beschäftigen uns mit menschenverachtenden Einstellungen (z.B. Rassismus, Sexismus) und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf. Die Umgebung von Bergen-Belsen mit dem größten, von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz und Nazis heute werden ebenso Thema sein wie die Geschichte von Bergen-Belsen. Und du kannst die Atmosphäre des alternativen „Bunten Hauses Celle“ kennenlernen.

Wenn du 16 Jahre (naja mit 15 J. gehts auch) bis 25 Jahre alt bist, kannst du dich allein oder mit mehreren zum Workcamp anmelden. Das Internationale Jugendworkcamp ist ein gemeinsames Angebot christlicher und gewerkschaftlicher Jugendverbände. Formeller Träger ist die Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten. Das Internationale workcamp ist als Bildungsurlaub anerkannt.

Teilnahmebeitrag: 120,– Euro.

Wer den Betrag nicht zahlen kann, für die/ den finden wir einen Sponsor. Kein Geld ist also kein Grund wegzubleiben

Termin: Mo. 18. – Do. 28. März 2013 (Osterferien)
Orte: Anne Frank Haus in Oldau, Gedenkstätte Bergen Belsen, Buntes Haus Celle

Infos und Anmeldungen ab sofort bei/ an:
DGB-Jugend Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt • Otto-Brenner-Str.7
D-30159 Hannover • charly_bbelsen@yahoo.de • T. 0511-12601-61

Ich melde mich zum Internat. workcamp an:

Vorname, Name ....

Geburtsdatum ....

PLZ, Ort, Straße ....

Schule oder Gruppe ....

Tel. ....

E-mail: ....

Unterschrift: ....

bei unter 18-jährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten ....



Delegation des Int. workcamp Bergen-Belsen bei VVN-DGB-Gedenken auf sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof Belsen Hörsten 2012, Foto: DGB: KulturAK